

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Einzelgebühren betragen für die hochgehaltene Heftstelle oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amüßliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 23.

Dienstag, den 28. Januar 1919.

26. Jahrg.

## Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren.

Im „Courier“, dem Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, finden wir einen beachtenswerten Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Auf einer Reichskonferenz angeblich sozialistischer Betriebe wurde kürzlich dekretiert: „Die Vergeistlichung der Betriebe muß sofort erfolgen!“ Das „Sofort“ soll also allen Betrieben gelten, ganz gleich, ob klein oder mittel, oder groß, ob auf der niedrigsten Stufe oder der höchsten Höhe der Produktionstechnik. Zweifellos, das Verlangen ist bis zur Besinnungslosigkeit vernunftwidrig, praktisch undurchführbar und den wirtschaftlichen Arbeiterinteressen ins Gesicht schlagend. Es ist die Taktik der sinnlosen Gewalt, die da propagiert wird, einer Gewalt, die mit gepanzerten Faust die feingespinnnen und verwobenen Fäden des Revolutionsprozesses brutal zerreißt, statt das Gewebe aufzunehmen und mit neuen Fäden und sachverständiger Hand weiter zu spinnen. Das gibt Trümmer und Tränen, aber keine Möglichkeiten, eine sozialistische Produktion aufzubauen.

Diese Wahrheit hat keiner besser und früher gesehen als der Soldat der Revolution, unser Mitstreiter Wilhelm Liebknecht. Im Jahre 1901 veröffentlichte der „Vorwärts“ Worte des Alten, die dieser schon im Jahre 1881, zur Zeit, als das Sozialistengesetz mit eisernen Klammern die Sozialdemokratie niederzwang, geschrieben über die Frage „Wie wird sich der Sozialismus verwirklichen?“ Der Alte hat schon damals wunderbar klar gesehen, wenn er schreibt:

„Wir haben insbesondere gesehen, daß es durchaus unerschwinglich ist, die Taktik der Gewalt für die einzig revolutionäre Taktik auszugeben und den, der diese Taktik nicht unbedingt billigt, für einen schlechten Revolutionär zu halten. Wir haben gezeigt, daß die Gewalt nicht an sich revolutionär ist, daß sie weit eher konterrevolutionär ist. Wir haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, uns von der Phase zu emanzipieren und die Stärke der Partei im klaren Denken, planvollem, furchtlosem Handeln zu suchen, nicht in revolutionären Kraftphrasen, die uns zu oft bloß den Mangel an Klarheit und Tatkraft verbergen.“

Man hört in diesen prachtvollen Worten förmlich den Ruf des alten Schulmeisters auf die sozialistischen Kinder, die Spartaciden, niederzulaufen.

Wenn die Gewalt konterrevolutionär wirken kann, würde dies bei der Sozialisierung ganz bestimmt der Fall sein. „Das Recht des Staates“, sagt Wilhelm Liebknecht weiter, „die Produktion zu regeln, birgt für den Staat die Pflicht, sich für die Arbeit zu interessieren, und die Kontrolle der sozialen Arbeit durch den Staat führt geradezu zur Organisation der sozialen Arbeit durch den Staat.“ In der sozialistischen Republik trifft dieser Satz doppelt zu, sie ist an sich schon die Garantie dafür, daß die Sozialisierung planmäßig in Angriff genommen wird, ohne daß dazu Gewalt notwendig ist.

„Sofort die Betriebe sozialisieren“, sagt Spartakus, aber Wilhelm Liebknecht sagt:

„Wir springen nicht mit einem Tuche in den Sozialismus hinein. Der Übergang vollzieht sich allmählich und für uns handelt es sich nicht um den Entwurf eines Zukunftsplanes, sondern um die Aufstellung eines praktischen Programms für die Uebergangszeit, um die Formulierung und Begründung von Maßregeln, welche unmittelbar durchführbar sind und der sozialistischen Welt gewissermaßen als Geburtsheifer dienen.“

Also unmittelbar durchführbare Maßregeln sind zur Sozialisierung zuerst zu ergreifen, sagt der alte Soldat der Revolution, er war also fest überzeugt, daß die Durchführung der Sozialisierung selbst nur ein Werk der Zeit sein kann. Die Novemberrevolution hat den Bauplan für die Sozialisierung freigemacht, den hindernden Schutt gründlich weggeräumt, nun ist es zuerst Sache der praktischen Baumeister und sozialistischen Architekten, die Zeichnungen und Pläne auszuarbeiten, gut durchdachte und sorgfältig erwogene Geistesarbeit zu liefern, ehe die Maurer mit dem eigentlichen Bau beginnen können. Selbst der einfachste Bauarbeiter weiß aus praktischer Erfahrung, daß für den Bau des einschichtigen Familienwohnhauses ein Bauplan, eine Grundrißzeichnung vorhanden sein muß, ehe man mit der praktischen Arbeit beginnen kann, um wie viel tausendmal notwendiger ist dies erst bei dem Aufbau der so unendlich komplizierten sozialistischen Gesellschaft. Wehe, dreimal wehe darum der heutigen sozialistischen Generation, wenn sie Planlosigkeit macht, die den Sozialismus und damit die Sozialisierung diskreditiert. Das hieße dem sterbenden kapitalistischen System neues Leben einhauchen und die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnknechtschaft auf unabsehbare Zeit vertagen. Also, tun wir lieber gründliche systematische Arbeit und nehmen wir die Zeit, die dazu notwendig ist, in Kauf.

Aber noch ein anderer unserer ganz großen Führer, dem auch der Radikalste unter den Radikalen die Ehrlichkeit der Ueberzeugung nicht absprechen wird und kann, der unvergeßliche sozialistische Märtyrer des Weltkrieges, dessen erstes Blütpfer, Jean Jaures, hat bereits im Jahre 1901 in seiner glänzenden Schrift „Theorie und Praxis“ nachge-

wiesen, daß die Sozialisierung nicht das Werk von Tagen sein kann. Niemand kann Jean Jaures die Objektivität in der Frage der Sozialisierung abstreiten, weil er die Frage in ruhigen Zeiten erwogen und dabei von keiner Bewegung beeinflusst worden ist. Jaures sagt:

„Die Tatsachen beweisen es, daß die Revolution von 1789 nur durch den Willen der ungeheuren Majorität des Volkes zum Ziel gelangt ist. Und ich habe noch mit besserem Grunde behauptet, daß zur Durchführung der sozialistischen Revolution die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Volkes notwendig ist. Wenn ich die Größe der notwendigen Anstrengung hervorhebe, dann hoffe ich, damit nicht zu entmutigen, sondern im Gegenteil gerade das Gewissen und die Energie zu beleben. Wenn übrigens das zu vollendende Werk gewaltig ist und die Hilfe Unzähliger in keiner Vorbereitung vorzuzieht, so sind auch, wie ich beweisen kann, die Hilfsmittel und Kräfte gewaltig; nur von uns hängt es ab, festen und sicheren Schrittes auf das Ziel loszumarschieren. Aber ich behaupte, daß der unachtame Anstich einer sozialistischen Minorität den Sieg nicht herbeiführen würde und daß wir eine fast einmütige Zustimmung der Volksgenossen herbeiführen müssen.“

Nach ausführlicher Begründung heißt es weiter:

Die Umgestaltung des Eigentums, die der Sozialismus durchführen will und muß, ist viel umfassender, tiefer, viel schwieriger als diejenige, die vor 129 Jahren durch die revolutionäre Bourgeoisie durchgeführt wurde. 1789 war es eine genau bestimmte Form des Eigentums, gegen die sich die Revolution richtete. Als sie die Güter des Klerus ins Volkseigentum überführte, handelte es sich um einen bestimmten korporativen Besitz, den sie aus der Kirche, außer dem Klerus oder der Weltgeistlichkeit brauchte kein Bürger, kein Besitzer zu fürchten, daß die für die Kirchengüter angeordnete Expropriation des Besitzes ihn selbst treffen werde. Ebenso, als die Revolution die feudalen Rechte abschaffte, war dies eine bestimmte Maßnahme mit genau bekannten und begrenzten Wirkungen. Ohne Zweifel gab es feudale Rechte, die mit nicht feudalem Recht verquickt waren. Aber im ganzen waren es die Abhängigen, die getroffen wurden. Das eigene Wesen des Feudalismus, das eine persönliche Abhängigkeit voraussetzte, sicherte seinen Vorzügen einer kleinen Kategorie von Personen. Dagegen ist das kapitalistische Eigentum wesentlich unbestimmt. Es hat keine bestimmten und bekannten Grenzen. Es ist nicht in den Händen einer Korporation, wie die Kirche, oder einer Klasse, wie der Adel, konzentriert.

Im Jahre 1789 hatte die Revolution in Bezug auf das Eigentum nur ein negatives Werk zu errichten. Sie unterdrückte, aber sie schuf nichts Neues. Sie schaffte das Kirchengigentum ab, sie brach es zum Verkauf. Sie verwandelte es unmittelbar in Privatbesitz bereits bekannter Art. Ebenso befreite sie den Bauernbesitz von einer Last, als sie die Feudalrechte abschaffte. Sie änderte damit nicht die Grundlage des Wirtschaftssystems. Der Bauer wurde nur in größerem Maße der Eigner von dem, was er schon besaß. Aber die Revolution bildete keine neue Form des Eigentums. Sie dachte an keinen neuen sozialen Typus. Ihre rettende Tat bestand darin, Ketten zu brechen. Sie hatte nichts zu schaffen, nichts zu organisieren; die Gesellschaft verlangte von ihr nur Befreiung. Sobald die Zerstörungen vollzogen waren, legte die Gesellschaft selbst munter den schon beschrittenen Weg fort.

Dagegen genügt es für die sozialistische Revolution nicht, den Kapitalismus abzuschaffen: Er muß den neuen Typus schaffen, nachdem sich die Produktion vollzogen und die Eigentumsverhältnisse regeln sollen. Nehmen wir einmal an, morgen werde die ganze kapitalistische Ausbeutung aufhören, daß das große öffentliche Schulbuch vernichtet sei, daß die Arbeiter keine Äreie, die Bäcker kein Brot, daß jede Bodenrente, jeder launmännliche Gewinn, jede industrielle Dividende abgeschafft würde. Wenn nun dieser kapitalistischen Zerstörung nicht eine sozialistische Organisation sofort folgte, wenn das Volk nicht mit einem Schlage erführe, wer die Arbeit leiten, wer die Verwaltung des Staates, der Kommunen, der Genossenschaft übernehmen soll, nach welchen Prinzipien die Produzenten entlohnt werden sollen, wenn mit einem Worte die sozialistische Organisation nicht imstande wäre, den Bestand eines neuen sozialen Systems zu garantieren, dann würde die Gesellschaft in einem Abgrund des Elends und der Unordnung stürzen und die Revolution wäre in einem Tage verloren.

Aber dieses neue System kann nicht von einer Minorität inspiriert und geschaffen werden. Es kann nicht wirken ohne die Zustimmung der großen Majorität des Volkes. Und nur die Majorität der Volksgenossen wird seine Anfänge und seine Kräfte allmählich vervielfältigen. Sie wird aus dem kapitalistischen Chaos allmählich die verschiedenen Typen des sozialen Eigentums, das staatliche, kommunale und genossenschaftliche bilden, sie wird die letzten Stufen des kapitalistischen Systems nicht eher abbauen, als bis das Fundament der sozialistischen Ordnung gelegt worden ist und das neue Gebäude den Menschen Schutz und bieten können. In diesem gewaltigen Werke des gesellschaftlichen Aufbaues muß die gewaltige Mehrheit der Bürger mitearbeiten.

Man soll doch den neuen und großartigen Charakter der sozialistischen Reaktion nicht vergessen. Sie wird für alle durchgeführt werden. Zum erstenmal seit Beginn der menschlichen Geschichte wird ein großer sozialer Wandel nicht durch die Erziehung einer Klasse durch eine andere, sondern die Abschaffung aller Klassenherrschaft, die Befreiung der ganzen Menschheit zum Gegenstand haben. In der sozialistischen Ordnung wird nicht die Herrschaft einer Klasse über die andere, die Disziplin und das Zusammenwirken der Kräfte garantieren, sondern der freie Wille der vereinigten Genossen.

Da es für alle bestimmt ist, muß es von allen vorbereitet und von fast allen, praktisch geradezu von allen gebilligt werden. Denn es kommt eine Stunde, wo die Kraft einer ungeheuren Mehrheit den letzten Widerstand entmutigt. Das, was den Adel des Sozialismus darstellt, ist dieses, daß er kein Regime der Minderheit sein wird. Er kann und darf nicht durch eine Minderheit eingeführt werden.“

Die goldenen Worte Jean Jaures mögen sich alle zu Herzen nehmen. Bei näherer Prüfung wird allen klar werden, daß hier keine gekünstelte Wahrheit zum Vorstände und zum Trost der Massen spricht. Wer den Erfolg der sozialistischen Gesellschaft und ihre Dauer will, muß für ihre sorgfältigste Vorbereitung und dadurch feste Fundierung lehn. Die sorgfältige Durchführung des sozialistischen Wirtschaftssystems kann nur erfolgen, wenn die Arbeit von Tagen oder Monaten sein. Nicht einmal Rom ist in einem Tage erbaut und das wäre dem ein Kinderpiel gewesen gegen den Neuaufbau eines grundlegenden Systems, das zunächst ganz Deutschland und dann die zivilisierte Welt umspannen soll. Sozialismus über alles, aber Zug um Zug.

## Die Wahlen in Preußen.

Am 26. Januar 1919 lehnte das preussische Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit einen zeitweiligen Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ab. Der Konterpartie v. Klotzthagen erklärte: „Wir können die Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Wahlrechts ab.“ Der Freikonservative v. Sedlich: „Wir sind nach wie vor gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen.“ Der Nationalliberale Dr. Friedberg (jetzt „Deutscher Demokrat“): „Wir sind gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts.“ Am Sonntag, auf den Tag genau zehn Jahre danach, hat Preußen zum erstenmal auf Grund des gleichen Wahlrechts aller Männer und Frauen gewählt!

### Weitere Wahlergebnisse.

Bis nachts 12 Uhr lagen von den insgesamt 23 preussischen Wahlkreisen 14 Endergebnisse vor. Danach haben bisher erhalten: Mehrheitssozialisten 98, Zentrum 49, Demokraten 44, Unabhängige 21, Deutschnationale Volkspartei 21, Deutsche Volkspartei 11, Schleswig-Holsteinische Bauern-Demokratie 1, zusammen 245 Mandate. Insgesamt beträgt die Zahl der Mandate 401.

In Hohenzollern beschloßen sämtliche Parteien Wahlenthaltung, weil die Parteien in Preußen den hohenzollernischen Landeseinwohnern keinerlei Gelegenheit gegeben hatten, bei der Ausübung der Kandidaten mitzuwirken.

**Berlin.** Mehrheitssozialisten 310 964, Unabhängige Sozialdemokraten 245 046, Demokraten 130 791, Deutschnationale Volkspartei 89 146, Deutsche Volkspartei 45 444, Christl. Volkspartei 50 232. Nach den bisherigen Ergebnissen ergaben die Mehrheitssozialisten 8 Sitze, die Unabhängigen 5, die Demokraten 3, Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei und Christliche Volkspartei je 1.

**Herzogtum Lauenburg** mit den Städten Rostenburg, Mölla und Lauenburg: Sozialdemokraten 11 148, Unabhängige 733, Deutsch-Demokratische Partei 8220, Deutsche Volkspartei 306, Schleswig-Holsteinischer Bauernbund 434, Deutschnationale Volkspartei 4135, Christliche Volkspartei 138.

Das Wahlergebnis aus dem 14. Wahlkreis. Nach dem bis jetzt vorliegenden Wahlergebnis sind im 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein und Herzogtum Lauenburg als gewählt zu betrachten: 8 Sozialdemokraten (Mehrheit), 5 Demokraten, 1 Deutscher Volksparteiler, 1 Deutschnationaler, 1 Bauern- und Landarbeiterdemokrat. Die Unabhängigen erhielten keinen Sitz. — Mehrheitssozialisten 333 651, Unabhängige 19 347, Deutsch-Demokraten 195 035, Deutsche Volkspartei 51 926, Bauern-Demokraten 61 734, Deutschnationale Volkspartei 55 410, Christliche Volkspartei 7295.

**Erfurt-Stadt:** Deutsch-Demokraten 14 444, Deutschnationale Volkspartei 10 153, Christliche Volkspartei 3887, Mehrheitssozialisten 9698, Unabhängige Sozialdemokraten 23 657. Es wurden 12 000 Stimmen weniger abgegeben als bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung. Davon verloren die Sozialdemokraten insgesamt 10 000 Stimmen, die Bürgerlichen insgesamt 2000.

**Hannover-Stadt:** Sozialdemokraten 85 972, Deutsche Demokratische Partei 16 615, Unabhängige 1835, Deutsche Volkspartei 21 294, Deutschnationale Volkspartei 4484, Hannoverische und Christliche Volkspartei 48 889.

**Köln-Stadt:** Sozialdemokraten 32 611, Deutsche Demokratische Partei 2335, Unabhängige 1267, Deutsche Volkspartei 1590, Deutschnationale Volkspartei 258, Hannoverische und Christliche Volkspartei 7654.

**Gießen-Stadt:** Deutsche Volkspartei 2501, Mehrheitssozialisten 43 403, Deutsche Demokratische Partei 22 763, Deutschnationale Volkspartei 10 122, Zentrum 4295, Unabhängige 988.

**Breslau:** Mehrheitssozialisten 128 606, Unabhängige 596, Deutsche Demokratische Partei 38 485, Christliche Volkspartei und Zentrum 37 032, Deutschnationale Volkspartei 30 749.

**Frankfurt a. M.-Stadt:** Unabhängige 8153, Deutschnationale Volkspartei 8449, Deutsche Volkspartei 15 644, Zentrum 24 841, Demokratische Partei 47 295, Mehrheitssozialisten 39 841.



Ergebnisse: Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen entfallen auf die Unabhängigen rund 51 000, Sozialisten 10 590, Vereinigte Demokraten 33 700, Deutsch-Nationale Volkspartei 14 400. Es fehlen noch einige größere Stadtbezirke und Wahlkreise.

Mertburg Stadt: Es wurden gezählt: Zentrum 135, Demokratische Partei 3893, Deutsch-Nationale Volkspartei 1116, Unabhängige 3737, Mehrheitssozialisten 1499, Angestelltenpartei 223.

Miel Stadt: 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein, vorläufiges Wahlergebnis: Mehrheitssozialisten 36 917, Unabhängige 6708, Demokratische Partei 28 193, Deutsche Volkspartei 12 820, Bauerndemokratie 132, Deutsch-Nationale Volkspartei 7785, Christliche Volkspartei 2543.

Stettin Stadt: Mehrheitssozialisten 49 625, Deutsch-Demokratische Partei 24 762, Deutsche Volkspartei 17 104, Deutsch-Nationale Volkspartei 3032, Unabhängige 5682, Zentrum 177.

Wagdeburg: Die Stimmen der Mehrheitssozialisten sind um etwa 5000, die der Deutschen Volkspartei um 2000 zurückgegangen, dagegen haben die Demokraten gegen 5000 Stimmen mehr erhalten als vor 8 Tagen. Sie werden von den 12 Mandaten 3-4, die Deutsch-Nationale Volkspartei 1-2, die Mehrheitssozialisten 6-7 erhalten. Die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen dürften leer ausgehen.

Stadtkreis Harburg: Unabh. 1669, Soz. 22 142, Welfen 2498, D. Dem. P. 4367, D. Volksp. 2839, Deutsch-Nationale 528.

Wilhelmsburg: Unabh. 2041, Soz. 9003, Welfen 838, D. Dem. Partei 1626, D. Volksp. 527, Deutschnat. 106.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Der Soldatenrat des Feldheeres

bei der Obersten Heeresleitung hat die Schlichtung niedergelegt. Er dankt allen Feldsoldatenräten für die Mithilfe und fordert unbedingte Ablehnung der Vergewaltigung der Gesamtheit durch eine Minderheit. Von der Nationalversammlung hat die Rundgebung, sie habe ihr Recht vermisst, wenn sie die als Volksbeschluss zu betrachtende Sozialisierung des Wirtschaftslebens, so weit sie sich ohne Produktionsgefährdung als möglich erweist, nicht ehrlich wollte. Inoffiziell ist der Todfeind der Volksfreiheit und des Fortschritts, ein gefährlicherer Feind, als irgend etwas sonst in der Welt. Rücksichtslose Wahrheit und das Bekenntnis zu innerlich begründeter Gerechtigkeit, zu echter, menschlicher Gleichberechtigung aller, sind jetzt unsere Stütze gegen alles, was uns bedroht.

**Wegen die neuen Bestimmungen des Kriegsministeriums** über die Neuordnung der Kommandogewalt und die Rolle, die den Soldatenräten in Zukunft bei der Ausübung militärischer Funktionen zuzukommen solle, mandatierte sich die Groß-Berliner Soldatenräte, Volksbeauftragter Noske vertrat gegenüber der zuvor geäußerten Ansicht des Standpunkts, daß die heutige Form der Soldatenräte nicht zu einer dauernden Einrichtung werden könne. Das russische System sei in Deutschland nicht möglich. Es handele sich bei der kriegsministeriellen Regelung nur um eine vorläufige, die durchaus nicht die Soldatenräte abschaffen wolle, sondern sie in der allerhöchsten Form anerkenne. Bei der Frage der Rangabzeichen handele es sich nicht um eine sehr wichtige Sache. Wesentlich wichtiger sei, daß die Anerkennung der Kommandogewalt herbeigeführt werden muß. Keine Regierung könne auf die Kommandogewalt verzichten. Es sei ein unmöglicher Zustand, wenn in irgendwelchen Orten die Soldatenräte den Gehoriam verweigern. Noske erwähnte, noch vor 8 Tagen habe ihm ein Vertreter Willsons erklärt, die Regierung sei nicht als verhandlungsfähig anzuerkennen, weil sie keine Macht habe und bisher ein Spielball eines lächerlich geringen Bolschewits gewesen sei. Nach weiteren Rednern für und wider die ministerielle Verordnung wurde eine paritätische, aus beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzte Kommission bestellt, die mit den einzelnen Armeekorps Abänderungsvorschläge über die Neuordnung der Kommandogewalt vereinbaren und der zuständigen Stelle unterbreiten soll.

## Versäufte Monarchisten.

Der „Reichsbote“ bringt zum heutigen Geburtstag des Kaisers einen Huldigungsartikel, in dem sich u. a. folgende Sätze finden: Die Deutsch-Nationale Volkspartei allein hat den Mut gehabt, in ihrem Wahlauftrag der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens, der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht. Aber dieser gewiß sehr maßvoll gehaltene Satz ist nicht einmal überall in den Zeitungen mit abgedruckt worden, weil er trotz unserer Bereitwilligkeit, in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitzuarbeiten, doch ängstlichen Gemütern noch zu „gefährlich“ erschien. Wir hoffen und wünschen, daß die Deutsch-Nationale Volkspartei in der zukünftigen Nationalversammlung und in den Volksvertretungen der Einzelstaaten für die monarchische Spitze sich verteidigen werde.

Da in Deutschland unter der sozialdemokratischen Regierung volle Pressefreiheit herrscht, läßt sich die Vorsicht jener Blätter nur aus dem Umstand erklären, daß der „monarchische Gedanke“ in Deutschland verdammt unpopulär geworden ist.

### Die Wahlen zur heftischen Landesversammlung.

Bis jetzt liegt das Wahlergebnis von 228 Gemeinden zur heftischen Landesversammlung vor. Es erhielten: Sozialdemokraten 67 165, Unabhängige 3 313, Demokraten 22 549, Deutsche Volkspartei 10 180, Heftische Volkspartei 13 623, Zentrum 21 709 Stimmen.

### Die Wahlen in Altenburg.

Bei der Landtagswahl sind bisher gezählt für die Sozialdemokratie 35 067, für die Demokraten 14 659, für die Konservern 7358 Stimmen. Einige große Arbeiterbezirke fehlen noch. Wir werden von 40 Sitzen 22 oder 23 Sitze erhalten.

### Die badische Verfassung.

Der Verfassungsausschuß der badischen Nationalversammlung beschloß, daß Baden seine militärischen Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Reichsgesetze regeln werde. Bezüglich der Gesetzgebung, des Gerichts und der Vollstreckungsgewalt wurde beschlossen, daß die Vollziehung ausgeübt wird nach der Verfassung durch das Volk, durch den Landtag und durch das von diesem berufene Staatsministerium.

### Verfassungsentwurf für Württemberg.

Die von der provisorischen Regierung aufgestellte Verfassungs-urkunde des Volksstaates Württemberg bestimmt, daß der Volksstaat Württemberg ein Bestandteil des deutschen Volksstaates ist, und daß er seine Staatshoheit nach Maßgabe dieser Verfassung und der vom deutschen Volksstaate gegebenen Gesetze ausübt. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Wahlrecht gleicht dem zur Nationalratswahl. Weiter sind u. a. vorgesehen: Gleiche Rechte und Pflichten aller Staatsbürger. Aufhebung aller Titel, soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, Abschaffung der Orden und Ehrenzeichen, Aufhebung der Fideikommiss, Verge-sellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung, Ueberführung eines Teiles der Güterzeugung in die Gemeinwirtschaft, ungehörte Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, freie und selbständige Ordnung der Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch jede kirchliche und religiöse Gemeinschaft im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze, Abfindung der evangelischen und der katholischen Kirche für Abgabe ihres Vermögens an den Staat durch eine Geldrente, Aufsicht über das Schulwesen nur durch den Staat, Beseitigung jedes Zwanges für Erteilung und Besuch des Religionsunterrichtes, vierjährige Landtagsperiode, Wahl eines Abgeordneten auf je 25 000 Landesbewohner, Volksabstimmung, Staatsleitung durch das Staatsministerium, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, der die Vertretung des Staatspräsidenten führt und den Staat nach außen hin vertritt, Feststellung des Staatshaushaltes durch Gesetz in jedem Jahre und Ministeranfragen. Die verfassunggebende Landesversammlung Württembergs ist zusammengesetzt. Genosse Keil wurde mit 139 von 144 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

### Rußland.

**Die Antwort der Sowjetregierung auf den deutschen Protest.** In Erwiderung auf einen Radioprotest der deutschen Regierung wegen der Teilnahme russischer Agenten und russischer Soldaten an der revolutionären Bewegung der Berliner Arbeiter gegen die jetzige Regierung erklärt die russische Sowjet-Regierung u. a.: Es könne der deutschen Regierung

nicht unbekannt sein, daß es gegenwärtig in Berlin weder Agenten der russischen Regierung noch überhaupt Bolschewisten gebe. Aus der Zahl derjenigen Persönlichkeiten, die in den Berliner Sammelkreisen tätig gewesen seien, befände sich in Berlin als einziger der Genosse Kadek, der als nicht-russischer Bürger die Möglichkeit gehabt habe, Berlin zu erreichen. Der Protest sei nicht am Platze. Die Erwiderung behauptet dann weiter, daß die deutsche Regierung unaufrichtig eine Intervention auf der Seite der Weißgardisten gegen die Bewegung der breiten Volksmassen und gegen deren Streben zur Bildung wirklicher Volksstaaten vorgekommen habe.

### Rumänien.

**Bauernrevolten.** Am Sonnabend brach in Rumänien eine Bauernrevolution aus. Die Bevölkerung der Dörfer, die sich seit Wochen gut vorbereitet hatte, erhob sich zu einer festgesetzten Stunde in ganzer Lande. In ihrer Spitze standen die heimkehrten Soldaten, die mit Waffen gut ausgerüstet sind. Schon in der Sonnabendnacht zogen die Aufständischen in viele Städte ein, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit den regulären Truppen kam. In Bukarest wurde den ganzen Sonntag gekämpft. Die Sozialisten schlossen sich den Revolutionären an. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß.

### England.

**Die Schiffbauangestellten des Londoner Hafens** beschlossen, am 27. Januar zugunsten der allgemeinen Lohn-erhöhung von 15 Schilling wöchentlich zu streiken. Es kommen 12 000 Arbeiter in Betracht.

Die Demobilisierung geht jetzt schneller vor sich. Während vor 14 Tagen täglich ungefähr 8000 Mann ins bürgerliche Leben übergeführt wurden, wird jetzt eine Zahl von täglich 30 000 erreicht und sich binnen kurzem auf täglich 40 000 belaufen.

**Die Streiks.** In Belfast legten die Schiffswerkstätten und die Arbeiter in den Maschinenfabriken die Arbeit nieder, um die 48stündige Arbeitswoche zu erzwingen. Allein in den großen Maschinenwerkstätten streiken 30 000 Mann. Weiter streiken in Belfast die Arbeiter in den Gasanstalten und in der Elektrizitätsgentrale. Demzufolge werden auch die Spinnereien und die Textilfabriken ihren Betrieb stilllegen müssen, auch können nur wenige größere Bäckereien ihren Betrieb aufrecht erhalten, jedoch mit Brotmangel zu rechnen ist.

### Kleine politische Nachrichten.

Am 18. Januar betrug die Stärke aller außerhalb des Deutschen Reichsgebietes befindlichen Truppen rund 130 000 Mann, einschließlich der Türkei. Hierbei sind die deutschen Kriegsgefangenen, die ja über 1 Million sind, noch nicht mitgerechnet.

Der Vorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der deutschen Zentrumspartei in Köln hat an den Minister des Innern eine Enquete gerichtet, in der gegen die Verordnung betr. Auflösung und Neuwahl der Gemeindekollegien Einspruch erhoben wird.

## Aus Südbah und den Nachbargebieten.

Dienstag, 8. Januar.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee hält Mittwoch abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus eine Sitzung ab.

Eine Vollversammlung des Arbeiters- und Soldatenrates beschäftigte sich am Montag mit der politischen Lage. Von den Unabhängigen vorzutragende Sätze die gegenwärtige Politik der Mehrheitssozialisten, die zum Verfall der revolutionären Erregungsfähigkeit führe. Der Redner versuchte, Beweise gegen die mehrheitssozialistische Politik auch aus bürgerlichen Voraussetzungen herzuleiten, bezog sich aber vorzugsweise auf eine Gesetzkongress-Resolution der Arbeiter- und Soldatenräte, die die Macht dieser Räte auch weiterhin und auf jeden Fall befestigt wissen will, selbst auf Kosten der Nationalversammlung. Die Resolution fordert „sofortige Beseitigung des gesamten gegenwärtigen Regierungsapparates, weil er eine Einigung der verschiedenen sozialistischen Parteien hindernd im Wege steht. Dasselbe gilt für politische wie gewerkschaftliche Führer. Diese Einigung allein kann dem Proletariat die Früchte der Revolution sichern und den Fortbestand der sozialistischen Republik garantieren. Sollte die Regierung sich auf ihre Soldateska stützen, muß sie durch einen Generalstreik gestürzt werden. Mit Entschiedenheit wehren sie jede Bestrebung ab, welche auf eine bürgerlich kapitalistische Republik hinielen. Sie beurteilen die Maßnahmen der Regierung

## Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nein!“ rief Herr Cornelius nicht ohne Ironie, „der nimmt's sogar für bare Münze, daß diese ausgeleertete Waise, der Fräulein, das hübsche Alter nicht vertragen kann und genehmigt ihm einen Urlaub über den andern wegen — saturnalischer Verschleimung. Na, göttlich, dieser Junge! Ich nur einjährige Ver-trag mit Knacki herum und Fräulein mit keiner Verschleimung und unsterblichen Lebensdauer! Herr für drei ganze Rollen, die er hier — geklopft hat, wieder draußen sein. Aber so etwas auch zu empfehlen, zweifeln Sie? Wie konnten Sie?“

„Für Ausfälle — warum nicht?“ parierte Herr Schiefinger. „Man braucht nicht jemand, Exzellenz drängen in mich und, da Fräulein jetzt frei war.“

„Das heißt, kein anderer wollte ihn.“

„Bitte, Fräulein hat immer große Engagements.“

„Bis vor zehn Jahren. Dann lösten Sie ihn doch immer vor.“

„Herr Kommissar — ich will nicht gehend vor Ihnen sitzen!“

„Schön. Aber was geht's mich an. Ich war nicht sein Kapellmeister. Bieder zu einem andern Thema, das mich mehr interessiert, zu der Angelegenheit meines Sohnes.“

„So, so — Ihres Sohnes?“

„Sein köstliches Schauspielertalent verweist ihn auf die Bühne, ich möchte ihm dazu verhelfen.“

„Hat er Ihnen was gelernt?“ erkundigte sich Herr Schiefinger, indem er wieder das rechte Auge zuckte und damit keinem Ge-fühl einen ungeschickten verächtlichen Ausdruck gab. Er sagte unerschrocken voraus, daß man zur Begründung einer guten Laufbahn für den jungen Cornelius auch keine Mühe in Anspruch nehmen werde.

„Sein deutscher Lehrer in den oberen Gymnasialklassen verhielt sich immer die Segnung des Jungen für Deklamation, behauptete der Kommissar, und Mittelmaß, unser Charakteristikon, zugleich ein erprobter Lehrer, behauptete das Urteil. Mittel-mäßig erweist nun auch schon seit einigen Monaten mit Willkür, aber selbst für halbtägige praktische Betätigung.“

„Aber, was da soll von der Schiefinger?“

„Nicht, der Schiefinger.“

„ein Engagement mit guter Schauspieler und eben-folger Auftragsgehalt vermitteln —?“

„Nicht. Willst du einwöchentlich Jahre und heißt das

„Wie heißt Du?“

„Er ist ein hübscher schlanker Bursche, nach dem die Mädels jetzt schon mit verliebten Augen blickeln, erfreut sich allerbesten Umgangsformen und verfügt über ein honores Organ.“

„Auch das noch!“

„Ja, über ein Organ, sage ich Ihnen, das wie eine Glocke anklängt.“

„Glocke, na ja und so weiter.“ sprach Herr Schiefinger die von väterlichem Wohlwollen genährten Lobeserhebungen ungeduldig ab. „Selbst hören, selbst hören, heißt's in meinem Falle. Der junge Mann soll um drei Uhr ins Hotel Parfais kommen und nach mir fragen. Da mache ich mich mit ihm bekannt und gefällig er mir, was außer Zweifel, so dürfen Sie versichert sein — auch Sie sprechen ja zu meinen Gunsten, Herr Kommissar, wo Sie können, nicht?“

„Jederzeit, liebster Kommissionsrat, jederzeit.“ bestätigte Herr Cornelius. „Exzellenz bedeutet mir vor kurzem selber in, was ich ja längst weiß, daß Sie zu dem schönen Titel des Kommissars noch eine Dekoration schmerzlich vermissen.“

„Allerdings.“

„Na, da wir unter uns sind — die Präliminarien schweben schon.“

„A!“

„Wenn auch Exzellenz in dieser Beziehung etwas — schwer-fällig sind, der Herr Geheimrat Hartmann als Antisemit geradezu Ihr Gegner, — ich stehe am Werte und auf Ihrer Seite. Werden die Geschäfte schon durchdrücken.“

„Lieber Herr Kommissar!“

„Wie vor Ährung zitternd, machte es sich in der Stimme des Agenten bemerkbar. Er griff mit beiden Händen nach der Rechten des Herrn Cornelius, der sie ihm, jetzt seinerseits der Gewäh-rende, halbbod überließ.“

„Sagen Sie — eine Liebe für die andere. Sorgen Sie mir für den Willkür, ich bleibe Ihr Anwalt bei Exzellenz, zu dem ich Sie jetzt führe. Wegen des Fräulein stellen Sie sich untröstlich und verharren auf dem Standpunkt der bona fides, damit Herr Hartmann mit seinem Verdacht der Axel zehle Ihnen doppelte Prämie, nicht eine weiter vordringt.“

„Gott der Gerechtigkeit — doppelte Prämie! Was fällt ihm ein!“

„Fürs nächst: hätten Sie sich aber auch. Es könnte doch mal schief gehen.“

„Werde mich hüten, lieber.“

„Als die beiden Herren Käte demnach durch das Vorzimmer schritten, bemerkte Cornelius vor Pfeiffer, dem geklopften Dien-ner stehend, eine kleine, gewiß einst sehr hübsche, aber dürrig ge-leidete Frau, die eifrig in ihn hineinschaute und nach ihren ge-üblichen Augen zu arbeiten wohl gewohnt haben mußte.

Gerade in demselben Augenblick beschied sie Pfeiffer kurz an-gebunden: „Nachmals, Frau Merck — ausgeschlossen! Exzellenz sind nicht zu sprechen, fühlen sich unwohl!“

„Aber Herr Geheimrat Hartmann?“

„Müssen zu einer Konferenz ins Hausministerium. Also gar nicht zu wollen.“

Zukimmend nickte der Kanzleirat mit dem Kopf, da er die vortrefflichen Resultate seiner Instruktion wahrnahm. Dann verz-ichend er mit dem Agenten zu Exzellenz hinein, nicht beachtend, daß im gleichen Augenblick ein zierlicher Mann, kleine Mittelgröße, affektiert in seinen Bewegungen und flüsterhaft gekleidet, vom Tur her hereintrat.

„Guten Morgen.“ begrüßte er den Diener, Frau Merck musterte er mit einem Blick von oben herunter, niederträchtig, höhnisch. Dann sagte er halb laut zu Pfeiffer:

„Was will die?“ Kommt doch nur, um Exzellenz die Ohren vollzuheulen. Abgefemtes Gefindel. Werfen Sie sie die Treppe runter, daß das Schweinevolk die Knochen bricht. Apropos, was ich gern wüßte, war Fräulein Basson schon beim Chef?“

„Noch nicht, Herr Balletmeister.“

„Schön. Dann melden Sie mich jetzt und —“

„Eben unmöglich. Zwei Herren Käte sind schon bei Exzellenz.“

„Herr Engel gebärdete sich unwillig. „Dann also nach denen. Fräulein Basson sagen Sie, ich erwarte sie ein-stweilen im Konversationszimmer, von wo Sie mich auch rufen wollen, sobald Exzellenz frei sind.“

Bei Fräulein Daniela Herzog kam heute normittag die Korridor-glocke wieder einmal nicht zum Stillstehen. Ein Vorgang, der sich gewöhnlich abspielte, wenn die Heroine des Hoftheaters abends zuvor in einer bedeutenden Rolle ihres Repertoires auf-getreten und wie immer hervorragend gewesen war.

Da stellten sich dann am nächsten Vormittag die verschieden-artigen Besuche und Sendungen bei ihr ein — vom Boten der Blumenhandlung an, der die reizendsten Gebinde und seltenen Topfgewächse zu überbringen hatte, bis hinauf zum hochgestellten Entschleunigen, der da glaubte, nur kein eigenes Erschienen könne er Künstlerin ein ausreichendes Entgelt für ihre phänomenale Leistung als Judith, Iphigene oder Jungfrau bieten.

Dazwischen dann Freunde und Kollegen, Autoren, die eine Bombardrolle für die Geister, ihr besonders auf den Leib geschrie-ben, in petto oder gar schon in der Tasche des schwarzen Gehrobs bei sich hatten, Kunstjäger und -jüngerinnen, — kurz, eine förm-liche Cour, die Daniela Herzog abzunehmen — gehabt hätte, wäre nicht der Empfang bei ihr durch Kaja von früher Morgenstunde an sorgfältig geregelt gewesen.

Fortsetzung folgt.



Ebert-Scheidemann, indem dieselbe bürgerliche Elemente, Offiziere, Unteroffiziere und Studenten gegen das Berliner Proletariat bewaffnete und so das Blutbad veranlasste. Weiter war die Schuld daran die Frauen. Die Mehrheitssozialisten wollten Prinz Max zum Präsidenten der deutschen Republik wählen. Ihm trat Genosse Stellung in längeren Ausführungen scharf entgegen und betonte, daß diese Resolution, die vor der Nationalversammlung von halbsparkalistischer Seite beschloffen sei, durch die Zeit längst überholt wurde. Der Redner betonte ferner, daß die Vorgänge in Berlin, Bremen, Braunschweig usw. der Sozialdemokratie zweifellos eine nicht unerhebliche Anzahl Stimmen und damit Mandate zur Nationalversammlung gelöst hätten. Hätten die Wahlen früher stattfinden können, dann wäre zweifellos eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung erreicht worden. Die Frauen hätten zum weitaus größten Teil den Beweis erbracht, daß sie politisch reif seien, aber unbedürftig davon, habe die Sozialdemokratie aus Gerechtigkeitsgründen stets die Forderung des Frauenwahlrechts erhoben. Im übrigen könne man unter Berücksichtigung aller Umstände mit dem Wahlausfall zufrieden sein. Es sei falsch, anzunehmen, daß die sozialistische Republik jetzt gefährdet sei. Nahezu 190 sozialistische Abgeordnete könne man nicht mit einer Handbewegung abtun; man müßte die stärksten Partei in der Nationalversammlung Rechnung tragen. Aus diesem Grunde dürfe man unter keinen Umständen mit dem Gedanken schwärzen, die Nationalversammlung zu sprengen. Das würde die Interessen des deutschen Volkes, das nach Frieden, Brot und Wohlstand strebe, auf das schwerste gefährden und die sozialistische Bewegung auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte zurückwerfen. Es sei eine durch nichts zu beweisende Behauptung, daß die Mehrheitssozialisten mit dem Bürgertum gemeinsame Sache gemacht hätten oder machen würden. Die vom Vorredner zum Beweise angeführten Stimmen seien die Generalzeitungspressen und ein liberaler Redner. Mit solchem Beweismaterial sollte man doch nicht kommen. Redner wandte sich scharf gegen die Gesellschafter-Resolution, die den Parteien und Gewerkschaftsführern den Vorwurf machte, daß sie die Einleitung des Proletariats hintertrieben, trotzdem gerade sie es gewesen seien, die immer wieder — über vergeblich — die Bruderhand ausgestreckt hätten. Unwahr sei es auch, daß das Blutbad in Berlin von der Regierung Ebert-Scheidemann veranlaßt sei. Wer das behauptete, lese entweder keine Zeitungen, oder er spreche bewußt Lügen aus. In seinen weiteren Ausführungen zeigte Redner an der Hand der Bremer Beiräte, wozu die Diktatur führe, nämlich zum Zusammenbruch. Der Diktator des Proletariats setze man die Diktatur des Finanzkapitals gegenüber und da seien letzten Endes die ersten die Unterlegenen. Redner wandte sich gegen die Diktatur und betonte, daß man nur durch die Demokratie zum Sozialismus komme. Die Massen müßten geschlossen hinter der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung stehen, dann würde sie auf ein Werk vollbringen, das der Sache des Proletariats und dem Sozialismus diene.

Genosse Haut polemisierte ebenfalls gegen die Sätze und warf vor allem den Unabhängigen vor, statt sich für den Sozialismus einzusetzen, wären ihre Anhänger in Kürbis der Wahl ferngeblieben. Das Frauenwahlrecht zu verurteilen, sei jedenfalls dem unabhängigen Sätze allein vorbehalten geblieben. Wertwürdig sei auch, daß die Unabhängigen für die Bürgerrechtswahl keine Liste aufgestellt hätten. Anscheinend wollten sie von einer Wahl überhaupt nichts wissen. Das sei aber dann kein offener und ehrlicher politischer Kampf. — Genosse H u d e l t kritisierte sehr scharf den neuen Regierungserlaß im Armeekorps-Verordnungsblatt, der die Offiziere wieder einführte, den Arbeiter- und Soldatenräte die Kommandogewalt nimmt, die Gruppiertheit wieder propagiert und sich ganz und gar unrevolutionär erweist. Die Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen 9. Armeekorps verwerfen diesen Erlaß und werden gegen ihn Stellung nehmen. — Genosse S a l m o n glaubt nicht, daß die Demokraten mit den Reaktionsären zusammengehen würden, übrigens sei es selbstverständlich, daß die Regierung nur aus einer sozialistischen Mehrheit zusammengeleitet sein könne. Das Frauenwahlrecht werde bei zitiert: Arbeit schon noch zu unseren Günstigen umschlagen, von Stimmnennungen lasse sich die sozialdemokratische Partei nicht leiten. Wir als Demokraten könnten doch nicht die selbstgeschaffene Nationalversammlung über den Haufen werfen. Die Nationalversammlung werde die Republik festigen. — Vom Soldatenrat wandte sich F a s t e r gegen die neue kriegsministerielle Verordnung, die Zuerst und Weisheit zugleich vereinigt. Es sei zu bedauern, daß sich der Zentralrat habe verleiten lassen, diesen Bestimmungen keine Gegenzeichnung zu geben, die die alten Mächte wieder einsetze und die Soldaten in jeder Beziehung machtlos mache. Die Heilig-Garnison werde sich gegen diesen neuen Unterdrückungsversuch auflehnen.

Denkewitz war der Meinung, die Spartakisten und Kommunisten seien notwendig gewesen, ihr verbrechlicher Anhang sei aus dem alten System hervorgegangen. Jetzt hätten sie bei dem oben Angeführten ihre Interessenvertretung gesehen. Der Militärismus müsse im Volkssinne ausgebaut werden und die Soldatenräte ihre Macht behalten. — Genosse M e h r l e i n gibt aus den Verhandlungen den Schluß, daß die sozialistischen Parteien in Wirklichkeit wenig trenne, wenn sie wüßten, was sie wollten. Er weist auf die wiederholten Einigungsversuche hin, die ja auch in Lübeck unter weitgehenden Zugeständnissen der Mehrheitspartei anzubahnen versucht wurden, aber an den Unabhängigen scheiterten. Die Nationalversammlung werde in den wichtigsten Fragen eine große Mehrheit bringen, insbesondere würden bei den Sozialisierungsfragen die bürgerlichen Parteien in vielen Fällen mit uns gehen müssen. Prinz Max von Baden sei vor der Revolution von uns als das kleinere Übel unterstützt worden, weil er uns den Frieden bringen sollte und weil er bei den Gegnern einen guten Ruf gehabt habe. Redner ist der Überzeugung, der Wahlausfall bedeute einen großen Sieg der Sozialdemokratie, der bei einigem Willen noch größer gemeint wäre. Die Unabhängigen und besonders Hoffmann mit seinem Religionserlaß hätten da sehr viel geschadet, nicht zu vergessen selbstverständlich die parlamentarischen Untrüben. Die Eingriffe in die Pressefreiheit hätten uns ebenfalls große Einbußen gebracht. Ferner kritisiert der Redner den angeführten Erlaß, der aber erst einen Entwurf darstelle, gegen den sich zu wehren Pflicht der Soldaten sei. Von einer Wiedereinführung des Kadavergehorsams könne keine Rede mehr sein. Ein baldiges Verschwinden der Arbeiter- und Soldatenräte käme gar nicht in Frage. Gegen den Vorwurf, daß Senat und Bürgerchaft nicht genügend kontrolliert würden, wandte Genosse Mehrlein ein, daß die neu zu wählende Bürgerchaft mit dem alten Regiment sowohl aufraume, wie es in allen Gemeinden in Zukunft geschehe. Dann sei Kontrolle genügend vorhanden. Die Errungenschaften der Revolution seien dann auch verbürgt.

Reiffel wandte sich dagegen, daß man jetzt die Volkstümlichkeit vom Militär ausschalten wolle und der Unabhängige M u n d t glaube, die Regierung wolle die Massen einlösen. Er bemängelt auch, daß wir hier nicht genügend Einfluß auf Senat und Bürgerchaft hätten. — Genosse B r o m m e betonte vor allem, daß die Sätze genau die russischen Zustände kopieren möchte. Dafür bedankten wir uns. Die Berliner Vorgänge lösteten uns eine Million Stimmen und den Ausfall der Mehrheit. Die Gesellschafter-Resolution müsse abgelehnt werden, schon weil sie Scheidemann und Ebert für das Blutbad verantwortlich macht. Die Regierung Ebert-Scheidemann habe die Pflicht gehabt, dem Volkswillen Geltung zu verschaffen. Die Kätekonferenz hatte die Nationalversammlung beschloffen, die Spartakisten aber erklärten, ihre Wahl mit Gewalt zu verhindern. Mißlingen sei die Regierung mit Gewalt zur Anwendung von Gewalt getrieben worden. Es sei leichter anzulagen und zu beschimpfen, als in schwerster Lage eine Entscheidung zu fassen. Daß Ebert und Scheidemann nach Blut gedurstet hätten, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und Luise Zieg behaupteten, glaube nicht einmal der dümmste politische Trottel. Sie hätten sich bei ihrem Vorgehen auf die Volksmehrheit stützen können. Das Volk habe eine Nationalversammlung gewählt, die fast zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht. Wenn auch eine bürgerliche Mehrheit vorhanden wäre, so steht doch auch

fest, daß die Arbeiterklasse sich eine rein bürgerliche Regierung nicht gefallen lassen würden, das würde Revolution in Permanenz bedeuten. Die bürgerlichen Demokraten sind einfach genötigt, den Volkswillen zu respektieren und sich zur konsequenten Demokratie zu bekennen. Sie werden sich auch zur Vergeßlichkeit der Produktionsmittel bequemen müssen, was natürlich nicht durch einen einzigen Beschluß durchgeführt werden kann. Die Umwandlung der Produktion aus der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise kann nur das Endresultat eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses sein. Am Anfang der Verstaatlichung stehen nur solche Industrien, die schon kapitalistisch zum Monopol ausgereift sind. Zu dem großen Teil gehört auch die Umwandlung der Geldrechnung und Geldwirtschaft zur Naturalrechnung und Naturalwirtschaft. Dazu bedarf es noch erstens: Gedankenarbeit und grundsätzlicher Klärung, dazu bedarf es auch, daß erst die Rohstoffbeschaffung und der Absatz wieder in geregelter Weise laufen. Bis dahin müssen wir ernstlich sozialdemokratische Aufklärungsarbeit treiben. Von Wahl zu Wahl wird dann das unbeschränkte Wahlrecht unsere Anhängerzahl vermehren und uns wohl sehr bald die Mehrheit bringen, zumal wenn der große Parteitag erst aus der Welt geschafft sein wird und die Unabhängigen sich wieder als Sozialdemokraten fühlen. Ohne das geht es nun einmal nicht.

K o s s erklärte, die A- und S-Räte würden erst abtreten, wenn sie es für notwendig halten. Den Prinzen Max hätte die Sozialdemokratie immer abwehren müssen. Er glaube nicht, daß die Demokraten für die Sozialisierung eintreten und wenn die Nationalversammlung Beschlüsse gegen uns fälle, frage es sich, ob wir dann noch in der Lage wären, unser Ziel durchzuführen. Da könne man wohl verstehen, daß die Unabhängigen nicht für die Mehrheitssozialisten eintreten. Die Wackerfräulein in Bremen und Hamburg verurteilten auch sie, aber würden jene Beschlüsse überall in Deutschland durchgeführt, dann wäre es auch gelungen. K u s t ä n d i g e r Franke wende man keine Ziele nicht zurückzuführen. Da drehe sich die Frage immer wieder um den Punkt, ob wir die Macht an die Nationalversammlung abgeben wollten oder nicht. Nachdem noch Kamerad R o s s im Sinne Brommes gesprochen, wurde einem Schlußantrag Gustav Ehlers zugestimmt und folgende Resolution Mehrlein-Hudelet einstimmig angenommen:

Die A- und S-Räte Lübecks erwarten von der Nationalversammlung die Freilegung der Errungenschaften der Revolution. Insbesondere verlangen sie die Umbildung des bisherigen Heeres in ein Volkshier, eine sozialistische und keine kapitalistisch-demokratische Republik.

Vor allem erwarten die A- und S-Räte Lübecks eine baldige Sozialisierung der Betriebe, soweit sie dafür reif sind.

Die Versammelten erhoffen aber auch, durch einen baldigen Frieden, sowohl die Einfuhr von Lebensmitteln, als auch von Rohstoffen zu erreichen. Damit würde vor allem der Arbeitslosigkeit gesteuert und eine bessere Lebenshaltung der breiten Massen gesichert.

Die A- und S-Räte Lübecks verlangen, daß die Nationalversammlung diese Körperkassen teils in das neue Volkshier, teils in die Verwaltung eingliedert.

Gegen den Erlaß des Kriegsministers vom 19. 1. 19. A. A. Blatt Nr. 8, über die Umbildung des Heeres, Wiederanstellung von Offizieren, Gruppiertheit usw. protestiert der A- und S-Rat Lübecks, und ist erkrankt, daß auch der Zentralrat einem solchen Erlaß seine Zustimmung geben konnte.

Ermächtigt sich die Nationalversammlung als ungeeignet, das Werk der Revolution zu vollenden, dann hat sie und nicht die Einrichtung der A- und S-Räte zurückzutreten.

Der Reichsbund der Kriegsteilnehmer und ehemaligen Kriegsteilnehmer hielt am Sonntag vormittag im Bremerparkhaus eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Kamerad G i e r k über die Ziele und Bestrebungen des Bundes referierte. Unsern Redner sind sie zum größten Teile bekannt. Redner trat für die Reform der Rentenfrage, Ausbau der Invalidenrenten, Abschaffung von befristeten Erbschaften für Amputierte, Abschaffung des Operationszweckes beim Militär sowie möglichst preiswerte Beschaffung von Bedarfs- und Verbrauchsgütern ein. Dann verlangte er, daß die Kärgegerichtsbarkeit für die Kriegsschädigten in Lübeck durch die sachkundigen Vertrauensleute der Kriegsschädigten erfolge, daß eine staatliche Kontrolle über die Verwendung der Ludendorffschen für die Kriegsschädigten eingerichtet werde und daß vor allem für die Beschäftigung der Schwerbeschädigten zu sorgen sei. G i e r k kritisierte dann noch die Längsamkeit des Arbeits- und Wohlfahrtsamtes. In der regen Debatte, die sich an den sehr befruchtig aufgenommenen Vortrag knüpfte, wurde an Verordnungen gemeldet, daß die Fürsorge für die Kriegsschädigten vielfach nicht ausreichend ist, andererseits aber auch auf die Schwerbeschädigten aufmerksam gemacht, die dabei zu überwinden sind. Eine ganze Anzahl der Versammlungsteilnehmer traten dem Reichsbund bei.

Dansa-Theater. Auf vielfach geäußerten Wunsch geht am Mittwoch nochmals „Schwarzwaldbenedict“ in der bekannten, ersten Besetzung in Szene. Am Donnerstag folgt die Edgar Wallat ein Cabaret im „Vertreten Der-og“ fort. Es ist namentlich gelungen, ihn auch für eine der Hauptrollen im „Dreimäderlhaus“, das sich in Vorbereitung befindet, zu gewinnen.

### Das amtliche Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung in Schleswig-Holstein.

Schleswig. Endgültiges amtliches Wahlergebnis im 14. Wahlbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck: In der am Montag nachmittags hier abgehaltenen Sitzung des Wahlauschusses für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wurden folgende gültigen Stimmen festgestellt: Wahlvorricht. Legien (Soz.) 87084, Wahlvorricht. Der (Unabh.) 27301, Wahlvorricht. Waldstein (Dsch. Lem.) 219379, Wahlvorricht. Kunkel (Dsch. W.) 62950, Wahlvorricht. Thomsen (Dsch. und Landarbeiter Lem.) 57918, Wahlvorricht. Oberjöhren (Dsch. Nat.) 61818, Wahlvorricht. Lau (Dsch. Volksp.) 3107. Verbunden waren die Wahlvorricht. Waldstein Kunkel, Thomsen mit 340442 gültigen Stimmen und Oberjöhren-Lau mit 69926 gültigen Stimmen. In der Verteilung der Sitze (für Sozialdemokraten, drei deutsche Demokraten, je einen Deutsche Volkspartei, Dsch. natid. W. und Bauern- und Landarbeiter-Demokratie) ändert sich nichts.

Hamburg. Konflikt zwischen Soldatenrat und Offizieren beim 9. Armeekorps. Der Erlaß über die Neuorganisation der Kommandogewalt hat im Bereich des Generalkommandos des 9. Armeekorps zu einem Konflikt zwischen dem Soldatenrat und den Offizieren geführt, da letztere sich auf den Standpunkt stellen, daß die Kommandogewalt nunmehr den militärischen Vorgesetzten wieder übertragen werden müsse, während der Soldatenrat der Ansicht ist, daß er die oberste Kommandogewalt ausüben habe. Die Offiziere erklären daher, daß sie und alle Beamte des Korps ihren Dienst niederlegen, wenn der Soldatenrat die Verordnung der Regierung nicht anerkennt. Der Soldatenrat sowohl wie das Offizierskorps haben am Sonntag je 2 Vertreter nach Berlin geschickt, um mit den Volksbeauftragten und dem Kriegsministerium über diese Frage zu verhandeln. Der Soldatenrat verlangt die sofortige Einberufung der Reichskonferenz der Soldatenräte nach Berlin.

Hienburg. Großfeuer. Eingekerkert wurde Montag in den Vormittagsstunden der Hof Kruppa, Besitz des Herrn Kommerzienrats Hübsch in Hienburg. Nur das Wohnhaus ist erhalten. Auser Schweinen ist sehr viel Korn verbrannt.

Seide. Von Cindreichern niedergeschossen. In der Nacht zum 21. d. Mts. wurde der Nachtwächter Johann Linden in Kleve bei Dornstedt von drei Cindreichern durch einen Revolveranschlag in den Unterleib schwer verletzt. Bei seinem Gehversuchen durchs Dorf hörte der Wächter auf dem Hof des Wobesiers Hans Siem Peters in Kleve ein Geräusch. Als er auf die Hofstelle ging, um nach der Ursache zu sehen, wurden zwei Schüsse auf ihn abgegeben, von denen einer durch seinen Leib ging. Von

den Schüssen erwachten der Wächter Peters und der Nachbar Landmannssohn Narren Koch. Ehe diese aber hinzulamen, hatten die Cindreicher die Flucht ergriffen.

Bremen. Die Wahlen zur Bremischen Volksvertretung sollen nun nicht am 9. März, sondern bereits am 2. März stattfinden. Nach Verhandlungen mit den Banken hat sich der Rat der Volksbeauftragten genötigt gesehen, auch das Wahlrecht zu ändern. Die Wahlfähigkeit soll daran gebunden sein, daß der Kandidat entweder die bremische Staatsangehörigkeit besitzt oder seit zwei Jahren seinen Wohnort im Staat gehabt hat. — Wöllinger Zusammenbruch der Politik der Bremer Unabhängigen. In einer Parteiverammlung kritisierte Genosse Reichmann, als von einigen Rednern die Vereinigung mit den Unabhängigen angesprochen wurde, den völligen Zusammenbruch der Politik Dentes wie folgt: Ein Einigungsversuch, so führte er u. a. aus, sei da, aber er sei nicht von uns herauf entstanden, sondern von einzelnen Leuten imkonert worden, die die Mehrheitssozialisten vor den verfahrenen Karren zwingen wollten. Die Mehrheitssozialisten sollten nun für die Unabhängigen gegenüber den Kommunisten die Schutztruppe bilden. Da man bei den Unabhängigen nicht einsehen habe, daß es so nicht weitergehe, sollten nun die Mehrheitssozialisten die Führer der Unabhängigen auf ihrem Thron erhalten. Und der Karren sei tatsächlich hoffnungslos verfahren! Von vornherein hätten die Mehrheitssozialisten gelast: Seid vorsichtig mit dem Abgeben des Senats, macht nicht solche Dummeheit! Na, wenn hier in Bremen ein reformiertes Parlament reuert hätte, nur eine Repräsentationsfigur, die hätte man ohne Gefahr entthronen können. Aber hier handelte es sich um einen Senat, der neben der Repräsentation auch ernsthafte Arbeit geleistet habe. Wer den abgeben wollte, der hätte sofort Leute bei der Hand haben müssen, die diese Arbeit übernehmen oder zum wenigsten hatten beauftragten können, damit es nachher nicht hieß: „Was hat man uns denn da für'n Schützer reichelt.“ Aber obgleich man solche Leute nicht hatte, habe man den Senat abgelegt, um ihn dann schleunigt zu bitten, im Amt tätig zu bleiben. Bald darauf sei eine zweite Abiegung erfolgt, und dann habe man — in aller Eile wieder einzelne Senatoren abgeben, doch zu den Umständen zu kommen, um ihnen mit Rat und Tat zu helfen. Die Senatoren hätten zwar zugestimmt, aber mit nicht mitsprechendem Nachdruck gleich ausdrücklich betont: so und so ist und bleibt unsere politische Anschauung. Jetzt sei man schon so weit, daß man die Unterstützungen für die Arbeitlosen und die Gehälter für die Beamten nicht mehr ausbezahlen könne, daß man vielleicht mit Abschlagszahlungen antworten müsse. Dazu komme, daß ein großer Teil der Arbeitlosen überhaupt nicht arbeiten wolle; 80 Stellen seien für Mannarbeitenden bei akzeptablem Lohn offen, aber kein Mensch ränge an mit der Arbeit. Und nun möchten die Gegner die Sache so schieben, daß die zu Hilfe gerufenen Mehrheitssozialisten die Unterstützungsfrage erwidern, die Arbeiter werden zu Arbeit zwingen müssen und die Weidleute zur Freigabe von Geld veranlassen sollten. Wenn dann aber die Weihen kommen, dann würden die Führer der Unabhängigen und Kommunisten, die gewählt werden wollen, mit großer Empörung verkünden: „Seht, so sehen die Mehrheitssozialisten aus! Las und des haben sie Euch genannt und dazu haben sie Euch gerufen! Haben sie es nicht schlimmer gemacht als irgendeine kapitalistische Regierung? Das nun müsse man vorsichtig sein mit dem Einigungsversuch, der nicht ethisch gewertet ist. Redner teilte dann mit, daß man mit der Reichswirtschaftsstelle verhandelt und Papier für eine täglich erscheinende Zeitung bestellt erhalten habe. Man werde versuchen, sie schon in der nächsten Woche unter dem Titel „Bremer Volksblatt“ herauszugeben, und werde sie dann in großen Auflagen in Stadt und Umgebung verbreiten.

Bremen. Der Mädchen in der von Oberholz-Scharnbeck, der Arbeiter Wierels aus Bremen, der vor einiger Zeit in Oberholz-Scharnbeck die beiden Mädchenmorde verübte, hat sich im Vorber Gerichtsverfahren erboten. Er hatte durch Stellenangebote in den Zeitungen seine Opfer von Hamburg und Bremen dortin gelockt, um sie nach der Ermordung zu berauben.

## Neueste Nachrichten.

### Weitere Einschränkung der Lebensmittelpolitik?

Berlin, 28. Januar. In den Groß-Berliner Arbeiterkreisen wurde wieder bekanntgegeben, daß bei längerem Verweilen in der Einbringung der Lebensmittelverteilung Anzeichen mit einer weiteren allgemeinen sehr einschneidenden Verschärfung der bisherigen Lebensmittel-Rationen zu rechnen sei.

### Vorläufiges Reichspräsidium.

Berlin, 28. Januar. In der Spitze der vorläufigen Regierung soll nach dem Beschluß der Bundeskonferenz ein Präsidium stehen, dessen Wahl der Nationalversammlung vorbehalten wird.

### Der freie Handel.

Berlin, 28. Januar. Vom Zentralverband der deutschen Großhändler wird geplant, im Handel und Handwerk eine Protestaktion gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft einzuleiten. In familiären deutschen Wirtschaftszentren soll zunächst am 12. Februar eine große Kundgebung stattfinden, die der Nationalversammlung ihre Entschlüsse unterbreiten will. Außer den Banken und Lebensmittelgeschäften soll an diesem Tage die Arbeit ruhen.

### Wahlergebnis.

Hannover, 28. Januar. Aus dem 16. Wahlkreis liegt bis jetzt folgendes Resultat vor: Mehrheitssozialisten 451627, Demokraten 84526, Unabhängige 10921, Deutsche Volkspartei 78694, Deutschnationale Volksp. 24167, Welfen und Zentrum 287993.

### Vorarbeiten in Weimar.

Weimar, 28. Januar. Am 4. Februar werden hier die verschiedenen Fraktionen Sitzungen abhalten. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion tritt bereits am kommenden Dienstag zusammen.

### Die Antwort Erzbergers.

Düsseldorf, 28. Januar. Auf das Ersuchen des rheinischen Arbeitgeberverbandes (siehe Wirtschaftliches) telegraphierte Staatssekretär Erzberger: Die Einfuhr von Lebensmitteln erfolgt, sobald deutsche Handelsschiffe einlaufen. 450 000 Tonnen deutschen Handelsschiffes sind vorläufig der Entente zur Verfügung gestellt. Bin mit Ihnen einig, daß billigere Lebensmittel erträglichere Verhältnisse in der gesamten Industrie herbeiführen. Aber Arbeit ist nötig, da die Entente Deutschlands keinen Kredit gewährt, die deutschen Guthaben im Auslande nahezu erschöpft sind. Bitte dringend für Arbeit zu sorgen. Brot und Fett sind in reichlicher Menge vorhanden und stehen zur Verfügung, sobald Arbeit geleistet wird.

### Die Streiks in England.

Basel, 28. Januar. Nach einer Meldung aus London verbreitet sich die Streiks in England mit großer Schnelligkeit und drohen auch auf Irland überzugreifen. Angehts dieser Tatsache wußt die Verlegenheit Lloyd George's, der ihnen Taktlosigkeit gegenüber steht. — Nach einer weiteren Meldung fordern die Londoner Eisenbahner die sofortige Verstaatlichung der Eisenbahnen und Ernenung von Arbeiter-Bevollmächtigten für die Direktionen.

### Entschundene Königshoffnung.

Siffobon, 28. Januar. Die royalistischen Truppen sind gescheitert, die Republik wieder aufgerichtet.

verantwortlich für die Republik. Aus Lübeck und den Nachbargebieten und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stilling, Verleger: Th. Schwach, Druck: Friedr. Neugebauer & Co., sämtlich in Lübeck.



Am Mittwoch, dem 29. ds. Mts. von 9-11 Uhr werden  
im Rathause Eier verkauft an die Haushaltungen mit den  
Anfangsbuchstaben H-L.

Stadtmagistrat Bad Schwartau  
(Ernährungsämter)  
Grande.

**Dr. Pühmeyer**  
zurückgekehrt.  
(516) Marienstraße 17.

8680)

## Aus unserer Abteilung Trikotagen

<b>Wollene Kinder-Schals</b> in rot, marine und schwarz..... Stück	<b>1<sup>50</sup></b>
<b>Wollene Muffler</b> für Damen.....	<b>1<sup>95</sup></b>
<b>Kinder-Hemdchen</b> gestrichelt, gestrichelt.....	<b>1<sup>25</sup></b>
<b>Kinder-Sarjent-Röckchen</b> ohne Leibchen..... Größe 30	<b>3<sup>15</sup></b>
<b>Kinder-Röckchen mit Leibchen</b> gestrichelt, Größe 1.....	<b>3<sup>00</sup></b>
<b>Gestrichte Kinderhöschen</b> weiß..... Größe 30	<b>4<sup>50</sup></b>

### Kinder-Sweater

in Wolle und Baumwolle.

Alle Größen vorrätig!

<b>Kinder-Anknöpf-Höschen</b> weiß, in allen Größen..... Größe 45 Stück	<b>4<sup>75</sup></b>
<b>Damen-Strickwesten</b> grau, sehr warm.....	<b>15<sup>50</sup></b>
<b>Herren-Unterjacken</b> in Seide und Baumwolle.....	<b>8<sup>75</sup></b>
<b>Herren-Normalhemden</b> in beige und grau, schwere Qualität.....	<b>19<sup>50</sup></b>
<b>Herren-Strickwesten</b> mit Knieel, in reiner feiner Wolle.....	<b>25<sup>50</sup></b>
<b>Halbhündchen</b> für Normal- und Kleiderhemden.....	<b>55<sup>50</sup></b>

### Seiden-Futterale

Halbare Halbseide.....

Stk. **1<sup>95</sup>**

<b>Frauen-Strümpfe</b> fein gestrichelt, mit 2:2 Rängen..... Paar	<b>6<sup>50</sup></b>
<b>Frauen-Strümpfe</b> höfliche Qualität, Baumwolle, schwarz.....	<b>8<sup>50</sup></b>
<b>Damen-Strümpfe</b> eigens lang, glatt, gute Baumwolle, schwarz.....	<b>11<sup>50</sup></b>
<b>Füßlinge</b> in leichter und schwerer baumwollener Qualität, schwarz.....	<b>2<sup>95</sup></b>
<b>Füßlinge</b> sehr haltbare Halbschwarz, schwarz.....	<b>4<sup>25</sup></b>
<b>Fußschlüpfer</b> warm gefüttert.....	<b>2<sup>45</sup></b>

### Schwarze und farbige Herren-Socken

in guten Qualitäten zu mäßigen Preisen.

## Rudolph Karstadt

Kommandit-Gesellschaft

Lübeck

# HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Lübeck

Für Ball und Gesellschaft!

## Leichte duftige Stoffe zu Blusen und Kleider.

Vorteilhaft kaufen Sie

**bei uns**

<b>Weisse Schweizer Batiste</b> weiss bestickt..... Meter 21.00	<b>16<sup>00</sup></b>
<b>Weisse Tupfen-Mulle</b> in reicher Auswahl..... Meter 17.50	<b>16<sup>75</sup></b>
<b>Hellfarbige Schweizer Batiste</b> in entzückender Farbauswahl..... Meter 24.00	<b>18<sup>50</sup></b>
<b>Elegante Seiden-Batiste</b> hell und dunkelgründig..... Meter 26.00	<b>23<sup>50</sup></b>
<b>Weisse bestickte Schleierstoffe</b> mit weißen Streublumen u. Tupfen (Voll-Veile) Mtr. 32.00	<b>28<sup>00</sup></b>
<b>Weisse bestickte Schleierstoffe</b> mit schönen farbigen Motiven (Voll-Volle) Meter 34.00	<b>28<sup>00</sup></b>

### Moderne Künstler-Seiden

aus Wiener Werkstätten, in aparter Ausführung.

Sämtliche inserierten Stoffe  
sind bezugsscheinfrei!

## Zum Wiederverkauf!

Reifender Absatz in Kasernen, Fabriken und Kantinen!

**Postkarten** mit Bild unserer populärsten **Volks-Beauftragten**  
wie Ebert, Scheidemann, Noske usw.

**Gruppenbild** für den Hausbedarf, als **Wandschmuck**,  
künstlerisch ausgeführt.

Wiederverkäufer an allen Plätzen gesucht. **Jedes Quantum sofort lieferbar.**

**Probesendungen**, Postkarten sortiert, nicht unter 100 Stck., für 6 Mk.  
Bilder, nicht unter 20 Stck., für 24 Mk., per Nachnahme,  
größere Quantitäten billiger 8515

durch Graphischen Kunstverlag Max Anger & Co., Chemnitz-Schönau.

## Vergnügungshaus Erholung

Nickelmann, Israelsdorf, W. Pries.

Donnerstag, den 30. Januar

## Wiederholungs-Ball.

Kassenöffnung 7 Uhr. (8583) Anfang 7 1/2 Uhr.

## Gr. Volksversammlung

der Strand- und Sandbewohner

Mittwoch, den 29. Jan., 5 Uhr nachm.

im Restaurant „Seeschlösschen“

Timmendorfer Strand.

## Die Neuregelung Deutschlands u. unsere Zukunft

Wohin gehören wir?

Zu Lübeck oder zu Schleswig-Holstein?

Freie Aussprache!

Kommt alle, jeder hat mitzusprechen!

## Gemüsesamen

empfiehlt Schelm & Wege,  
8514) Mengstr. 10.

## Hansa-Theater.

Dienstag, abends 7 Uhr:

## Die lustige Witwe

Mycus: Edgar Pauly als Gast.

Mittwoch:

Schwarzwaldmädel.

Donnerstag:

Der verheiratete Herzog.

## Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

8529

Dienstag, den 28. Januar:

Der Troubadour

Mittwoch, den 29. Januar:

Sigurd Braa.

Donnerstag, den 30. Januar:

Demetrius.

für die Schauspielgemeinde.

Grüne Karten.

Freitag, den 31. Januar:

Die verkaufte Braut.



## Nationalversammlung und sozialistische Regierung.

Durch den Antrag Ebert bei der gegenwärtig tagenden Staatenkonferenz ist die Frage, wer weiter regieren soll, eigentlich erledigt. Es ist aber doch notwendig, auf die Meinungen einzugehen, die wenige Tage vorher durch die Aufstellung dieser Frage gefallen sind. Während die „Freiheit“ dafür eintrat, daß die gegenwärtige vom Zentralrat eingesezte sozialistische Regierung über die Nationalversammlung hinaus im Amte bleibe, gleichviel, was die Nationalversammlung selber wolle, daß eine sozialistische Regierung die Beratung des Verfassungswerkes, der vorläufig notwendigen Steuern und nötigenfalls des Friedensschlusses durchführe, schimpft die „Leipziger Volkszeitung“ unentwegt auf diese Regierung und fordert deren Beseitigung.

Man hat Volksbeauftragter Ebert zu einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gesagt, die Stärke der Sozialdemokratie reiche noch nicht zur alleinigen Übernahme der Gewalt, aber sie sei so groß, daß nichts mehr geschehen könne, was unseren Grundgesetzen widerspreche. Die neue Reichsregierung werde nicht nur demokratisch, sondern auch sozialistisch arbeiten müssen. Jeder Versuch, die alten Machtverhältnisse politisch oder wirtschaftlich wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für neuen Aufbruch und für eine Verewigung der Wirren, die das deutsche Wirtschaftsleben ruinierten müßten.

Darüber erhebt die reaktionäre Presse großes Geschrei. Die Sozialdemokratie habe jetzt die Masse fallen lassen und deutlich gezeigt, daß sie trotz der früheren beruhigenden Redensarten die Alleinherrschaft erstrebe; sie wolle sich den Gesetzen der Demokratie nicht unterwerfen. Das kann gar keine Rede sein. Was Ebert gesagt hat, ist vollkommen klar. Die Sozialdemokratie verfügt einschließlich der Unabhängigen in der Nationalversammlung über 185 Mandate, eine so große Zahl, daß ohne sie gegen sie eine Mehrheitsbildung kaum möglich ist. Wollen alle bürgerlichen Parteien sich sammeln und mit der Mehrheit, die sie haben, die Regierung bilden, so müßten wir uns damit abfinden. Aber es gehört wenig Voraussicht dazu, um mit Ebert zu bestätigen, daß der erste Versuch dieser bürgerlichen Koalition, die Volksrechte irgendwie zu schmälern, zu neuen revolutionären Erhebungen führen würde. Das wissen von den bürgerlichen Parteien auch mindestens die Demokraten. Sie haben bisher öffentlich noch keine Neigung verraten, mit den ausgesprochen reaktionären bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, sondern immer betont, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen die Regierung bilden möchten. Für diesen Fall kündigt ihnen nun Ebert an, daß sie sich dann nicht nur auf ihren programmatisch festgelegten demokratischen Standpunkt stellen, sondern auch in sozialistischer Richtung weit mitmarschieren müßten. Nur unter dieser Voraussetzung kann an eine demokratisch-sozialistische Koalitionsregierung gedacht werden.

In demokratischen Kreisen muß man sich klar darüber sein, daß eine gemeinsame demokratisch-sozialistische Regierung entscheidend durch die Tatsache bestimmt wird, daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Demokratie an Stärke dreifach überwiegt und dementsprechend auch für ihre Ideen ein genügendes Maß von Einfluß verlangen muß.

## Aus der Sozialisierungs-Kommission.

Die Sozialisierungs-Kommission hat letzten in zwei eingehenden Besprechungen die allgemeinen Grundzüge der Kommunalisierung erörtert. In der Aussprache, die in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und Bundesstaaten stattfand, haben sich auch hervorragende Kommunalpolitiker beteiligt. Der Beratung lag der Gedanke zugrunde, daß, ohne in die Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige, die zu kommunalisieren sind, einzugehen, allgemeine Grundzüge über rechtliche und wirtschaftliche Voraussetzungen für eine Kommunalisierung nicht gewonnen werden können. Demgemäß wurde eingehend darüber verhandelt, in welcher

Weise die rechtlichen Voraussetzungen für eine Ausdehnung der gemeindlichen Wirtschaftsbetriebe auszugestalten wären. Danach wurden die Ausführenden und die Ausführenden der städtlichen Monopolbetriebe und verschiedenen Wirtschaftszweige, namentlich der Nahrungsmittelversorgung (Milch, Fleisch und Brot) durchbesprochen. Hierbei wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Kaufmanns-Genossenschaften erörtert. In dieser Sitzung handelt es sich dann um die Bau- und Wohnungsprobleme, ferner, ob die Bezahlung der Baukosten zu organisieren sei und in welcher Weise die Erhöhung der Baukosten auf die Mietpreise in den alten Häusern zurückzuwerfen. Es wird erwogen, der Regierung von Emden zu einem von Reichs wegen zu erlassenden Rahmengesetz zu unterbreiten, durch das die Bundesstaaten zu einem einheitlichen Vorgehen in dieser Richtung angehalten wären, insbesondere in diesem Falle die Errichtung von Zweckverbänden benachbarter Gemeinden für den Betrieb solcher Unternehmungen zu erleichtern.

## Aus den besetzten Gebieten.

Infolge der Belegung des Köhler Brückenkopfes durch die Franzosen werden am Mittwoch insgesamt 28 Gemeinden des badischen Landes befreit werden. Entsprechend der geplanten Linie des neuen Brückenkopfes im Osten wird die Linie der neutralen Zone vorgezogen. Die Garnisonsstadt Offenburg fällt jetzt ganz in die neutrale Zone. Wegen des Verbleibs der dortigen Garnison sind Verhandlungen im Gange. Die Stadt Oppenweiler, der wichtigsten Staatsbahnlinie Frankfurt-Basel, wird nicht befreit, so daß der Verkehr mit der Schweiz nicht unterbrochen werden dürfte. Allerdings stehen die Franzosen kaum einen Kilometer von der Linie entfernt.

## Noch läßt zehn Straßen arbeiten.

Die deutsche Waffenstillstandskommission erüchtete die Alliierten, an Stelle des von ihnen für die Eisenbahnbetriebe in den besetzten Gebieten eingesetzten Zehntelbundesgenossen wieder die schulpfändige Zeit einzuführen, welche bereits vor der Belegung in Kraft war. In der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa, am 23. Januar, ließ Marichell Koch mitteilen, er könne dem deutschen Entschluß nicht Folge geben. Dagegen werden den Eisenbahnangestellten im besetzten Gebiet gegen Verzahlung von den alliierten Armeen die für eine hinreichende Ernährung notwendigen Lebensmittel geliefert werden.

## Wirtschaftliches.

Eisenbahnerbewegung in Baden. Eine Eisenbahner-Verammlung in Mannheim, von 2500 Beamten aus ganz Baden beandt, verlangte in einer Entschliezung von der Regierung eine weitere Steuererhöhung von 500 Mk. und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Fall der Ablehnung solle die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Die zweite Entschliezung sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

## „Schafft Kohlen!“

Der Arbeiterrat der Reichsbrauerei veröffentlicht folgenden Aufruf an die Bergarbeiter: „Bergleute! Schafft Kohlen! Die durch Kohlenmangel hervorgerufene Gasperre verhindert die Herstellung des Geldes in der Reichsbrauerei. Wenn die Gasperre längere Zeit besteht, können die Löhne der Arbeiter und die Unterhaltungen für Arbeitslose nicht mehr gezahlt werden.“ Angehört des Kohlenmangels und der ständig zurückgehenden Kohlenzufuhr ist, wie das Berliner „Nacht- und Abendblatt“ erzählt, damit zu rechnen, daß Ende dieser oder Anfang nächster Woche die Lieferung von Starkstrom an die Industrie eingestellt werden muß.

## Amerikanische Lieferungen an Polen.

Die polnische Regierung hat einen Vertrag mit der amerikanischen Lebensmittelkommission unterzeichnet. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages werden die Vereinigten Staaten an Polen liefern, und zwar in vier Serien: 20000 Waaggons Wehl, 7000 Waaggons Erbsen, Bohnen und Reis, 5000 Waaggons Fett, 240 Waaggons kondensierte Milch, 200 Waaggons Ränderfleisch, 200 Waaggons Tee usw. Ein Teil der

Lebensmittel, der sich schon in Schwedischen und norwegische Häfen befindet, wird Ende Januar nach Danzig geliefert. Die letzte Sendung wird gegen Ende Juni eintreffen. Die Besetzten Staaten werden ebenfalls Kleider und Schuhwaren liefern. Die Regierung hat eine Einkaufsgesellschaft gegründet die mit einem Kapital von 20 Millionen Mark arbeitet, wovon die Polener Banken den größten Teil ausgeschrieben haben. Der Gesamtwert der Waren, die Polen gebraucht, ist auf ungefähr zwei Milliarden Mark berechnet.

## Aus der Partei.

Die internationale Sozialistenkonferenz. Das Organisationskomitee der Internationalen sozialistischen Konferenz in Bern hat beschlossen, die Eröffnung des Kongresses abermals, auf den 2. Februar, zu verschieben, um allen Delegierten zu ermöglichen, ihr betzuzwehen. — Die russische Regierung hat eine lange Telegramme ausgesandt, worin die kommunistischen Parteien alle Länder zu einem Internationalen revolutionären Kongress einladen und die Berner Konferenz beschuldigt, den Arbeitern Sanktionen zu setzen.

Die Berner internationale Sozialistenkonferenz hielt am Sonntag eine unter den bisher erschienenen Delegierten vorhergehende Sitzung ab, die sich besonders mit der Frage des Stimmverhältnisses zur der kommenden Konferenz befaßte und die vorbereitenden Schritte zur Erklärung der Arbeiterfrage gab. Die Zentralverwaltung der sozialistischen Parteien hat sich für die Teilnahme an der internationalen Konferenz entschieden zu werden. Der Zentralvorstand nahm mit 27 gegen 17 Stimmen den Beschluß auf Teilnahme an. Die „Spartakus“-Mitglieder, die die kommunistische Regierung, den Delegierten der bürgerlichen Arbeiterpartei haben, Abbas, Ribera und Diefenbach für die Berner Konferenz zu verwenden. Die Delegierten liegen an der spanisch-französischen Grenze fest.

Für sozialdemokratische Einigkeit. Unter dem Vorsitz von Ewald Bernheim hat sich in Berlin eine Zentralkommission für sozialdemokratische Einigkeit gebildet.

## Soziales.

Die Erwerbslosen-Versicherung vom 12. November 1910 ist dahin abgeändert worden, daß alle Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einem anderen Land gezogen sind, von diesem Ort nicht länger als ein Wochen Unterstüttung erhalten dürfen, auch wenn ihnen eine getonete Arbeit nicht nachgewiesen werden können. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die vorübergehende Unterstüttung von Kriegsteilnehmern. (Bisher war die Unterstüttungsdauer nicht begrenzt worden.) Die Unterstüttung wird weiter gewährt, wenn sich die Rückkehr in den früheren Wohnort als unmöglich erweist. Ferner sind die Gemeinden und Gemeinderäte verpflichtet, die Unterstüttung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose bei einem nachgewiesenen Arbeit ansucher. Die Bewegung der Gewerkschaften darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Austritt dieser Bestimmung erfolgen.

## Aus Nah und Fern.

Eine Reise mit Hindernissen. Der „Aberd“ berichtet, daß ein Sonderzug, der den aus Babel bringend nach Berlin zurückgeführten Genossen Scheidemann zurückerbringen sollte, unterwegs zweimal umgekehrt werden mußte, weil sozialistische Anschläge entdeckt worden waren. Der „Vorwärts“ behauptet diese Nachrichten. Der Zug konnte nicht fahrplanmäßig, sondern erst mit mehreren Stunden Verspätung in Berlin eintreffen.

Die Sorge der Industriellen. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat an den Staatssekretär Erzberger eine Denkschrift gerichtet, in der dringend gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Einfuhr von Lebensmitteln sofort in die Wege geleitet werde. Sie bitten im Interesse der deutschen Industrie zur Vermeidung anaristischer Zustände, daß sofortige Hilfe in obigen Sinne geschafft wird.

## Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:  
6. Komv. Regiment 192 . . . . . 165,00 Mt.  
7. Komv. Regiment 192 . . . . . 104,50  
Das Parteisekretariat.

**Inventur-Ausverkauf**

nur noch bis 8534

**Sonnabend, den 1. Februar.**

**Bürsten-, Holz- u. Korbwaren besonders preiswert**

**Glas- und Porzellanwaren**

**Kochkisten und Dörr-Apparate von 10 Mk. an.**

**Ein Posten Gas- und elektrische Lampen mit 20 Proz. Preisermäßigung.**

**Heinrich Pagels, Lübeck.**

**Achtung!**

**Deutsch. Bauarbeiterverb.**

**Mitglieder-Versammlung**

**am Mittwoch, dem 29. Januar 1911**

abends 7 1/2 Uhr

**im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52**

**Tagesordnung:**

1. Quartalsbericht.
2. Jahresbericht von 1910.
3. Wahlen des gesamten Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Keiner darf fehlen. Der Bezirksvorstand.

NB. Den Schwartauer Kollegen zur Kenntnis, daß ihre Versammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Siffkes Gasthaus stattfinden. (8519)

**Gewerkschaftshaus**

8512) **Mittwoch, den 29. Januar**

**Gr. öffentl. Tanzkränzchen.**



# Bekanntmachung

## betreffend Fleischverkauf und Ausgabe von Mettwurst.

In der Woche vom 27. Januar bis 2. Febr. 1919 wird Fleisch und Fleischwurst ausgegeben und zwar muß auf jede Fleischkarte Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Fleisch gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „No. Anteil“ trägt, mit 20 Gramm Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Analog kommen in der Woche vom 27. Januar bis 2. Febr. 1919 auf den Abschnitt 115 des Lebensmittelbuches 100 Gramm Mettwurst für jede Person zur Ausgabe. Die Wurst ist bei den Schlachtern zu entnehmen, bei denen der übrige Fleisch- und Fleischwarenverkauf zur Kundenkarte angemeldet ist. Diejenigen Personen, die kein Lebensmittelbuch sondern eine Lebensmittelkarte im Besitz haben, erhalten die Wurst ebenfalls auf den Abschnitt 115 der Lebensmittelkarte. Für Erlaubnis gilt zur Entnahme der Wurst der mit „Warrentarte“ bedruckte Abschnitt. Der Preis der Wurst ist auf M. 5.20 für das Pfund festgesetzt.

Bübeck, den 27. Januar 1919. (8535)

Das Landesversorgungsamt.

# Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 930/12. 18. R. N. N.

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

In dem durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 57/10. 3. R. N. N. vom 1. Oktober 1918 abgeänderten § 2 der Bekanntmachung Nr. W. M. 57/1. 16. R. N. N. betreffend Bestandserhebung von Heften und planmäßigen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Leinwand, Hanf, Jute, Seide) und daraus hergestellten Garnen und Seiljäten vom 31. Mai 1916 fallen in Gruppe 3 A die Gorte:

„und der Nachtragsbekanntmachung Nr. W. M. 3000/6. 18. R. N. N. vom 29. Juni 1918“

### Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 3. Januar 1919 in Kraft. Berlin, den 3. Januar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. (8526)  
Wolffhügel.

# Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung.

Nr. F. R. 1110/12. 18. R. N. N. (8527)

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. W. I. 1772/5. 17. R. N. N. betreffend Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen und Abfällen sowie Abfällen und Abgängen von Wollellen, Haarzellen und Feilen vom 1. Juni 1917 und die Nachtragsbekanntmachung zu der obigen Bekanntmachung Nr. W. I. 1070/10. 17. R. N. N. vom 15. Dezember 1917 treten außer Kraft.

### Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 1919 in Kraft. Berlin, den 4. Januar 1919.

Wolffhügel.

# Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung.

Nr. F. R. 835/11. 19. R. N. N. (8528)

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. H. I. 50/6. 17. R. N. N. betreffend Versorgung des Heeres mit Nadelstichtischeln, vom 31. August 1917 tritt außer Kraft.

### Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 3. Januar 1919 in Kraft. Berlin, den 3. Januar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. (8529)  
Wolffhügel.

# Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 850/12. 18. R. N. N.

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### § 1.

Bei der Herstellung der Gegenstände, die in Spalte 1 der Liste des § 4 dieser Bekanntmachung aufgeführt sind, ist die Verwendung von:

1. Wolle, Kunstwolle, Baumwolle, Kammwolle, Flachs, Kunstseide, europäischem und libanesischem Hanf, Jute, Ramie, Seide, Kunstseide und Stapelfaser und den bei der Verarbeitung dieser Rohstoffe entstehenden Abfällen,
2. Geleinen und Fäden, welche aus den zu 1 genannten Faserstoffen ganz oder teilweise hergestellt sind, und den Abfällen, welche bei der Verarbeitung dieser Geleine und Fäden entstehen,
3. Web-, Wirk-, Strick-, Flecht-, Filz- und Seilerwaren, welche aus den zu 1 und 2 genannten Faserstoffen oder Geleinen hergestellt sind,

### § 2.

Ausnahmen von dem Verbot des § 1 sind in Spalte 2 der Liste des § 4 aufgeführt.

Diese Ausnahmen gelten auch für die aus den jeweils angeführten Faserstoffen und ihren Abfällen hergestellten Geleinen und Fäden sowie für die aus diesen Geleinen oder Fäden oder ihren Abfällen hergestellten Web-, Wirk-, Strick-, Flecht-, Filz- und Seilerwaren.

### § 3.

Schadet es die freie Verwendung der unter Ziffer 3 des § 1 dieser Bekanntmachung genannten Web-, Wirk-, Strick-, Flecht-, Filz- und Seilerwaren, die sich zur Zeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung im Eigentum der Reichsregierung befinden, die die Ver-

wendung vornehmen.

52  
Seite

Spalte 1	Spalte 2 (Ausnahmen)
1. Untervollerbezüge	Seide und Kunstseide
2. Sonnenvorhänge und Sonnenvorhangsstoffe	Seide und Kunstseide
3. Wandbespannungsstoffe	a) Seide und Kunstseide
4. Möbel- und Dekorationsgegenstände, Möbelstoffe und Dekorationsstoffe	b) Wolle, Kunstwolle, Baumwolle, Kunstbaumwolle, Jute und Flachs für Gebelaststoffe, welche mindestens 4 Farben enthalten sowie für Florstoffe
5. Tischdecken	Seide und Kunstseide
6. Dimantdecken und Dimantdeckenstoffe	Seide und Kunstseide, Textilfaserstoffe
7. Läufer und Läuferstoffe	Textilfaserstoffe
8. Teppich und Teppichstoffe	a) Seide, Kunstseide und Textilfaserstoffe
9. Vorleger und Vorlegerstoffe	b) Wolle, Kunstwolle, Baumwolle, Kunstbaumwolle, Flachs und Jute für den Flor und die Bindeleiste bei der Herstellung von Florsteppichen, Florvorlegern, Florsteppichstoffen und Florvorlegerstoffen
10. Waaen und Flaggenstoffe	Seide und Kunstseide
11. Kissen	Textilfaserstoffe
12. Portefeuille und Portefeuillestoffe	Textilfaserstoffe
13. Wetzertuch	Mischgarne (Textilfaser, Textilfaser, Depagarne u. dgl.)
14. Handleder (Wäscheleibersack)	Mischgarne (Textilfaser, Textilfaser, Depagarne u. dgl.)
15. Koffer und Kofferstoffe	Textilfaserstoffe
16. Rucksäcke und Rucksackstoffe	Textilfaserstoffe
17. Markttaschen und Markttaschenstoffe	Textilfaserstoffe
18. Säcke und Sackstoffe	Textilfaserstoffe
19. Strohsäcke und Strohsackstoffe	Textilfaserstoffe
20. Wachtuch	Textilfaserstoffe
21. Kunstleder	Seide und Kunstseide
22. Sutfutter	Textilfaserstoffe
23. Halbbüch	Textilfaserstoffe
24. Tischtücher und Tischstuchstoffe	Textilfaserstoffe
25. Mundtücher und Mundtuchstoffe	Textilfaserstoffe
26. Handtücher und Handtuchstoffe	Textilfaserstoffe
27. Steifweinen	Textilfaserstoffe
28. Bindfäden (Kordel) und Sackband	Textilfaserstoffe
29. Verpackungsgewebe (Packlösen)	Textilfaserstoffe
30. Pinoleum	Textilfaserstoffe
31. Seilstricken	Textilfaserstoffe
32. Kordstricken	Textilfaserstoffe
33. Orientträgerplatten	Seide und Kunstseide für Kleinen von mindestens 2,50 m Länge an aufwärts
34. Bänder und Gurte	a) Seide und Kunstseide
	b) Baumwolle und Flachs
	1. zur Herstellung von Kanten,
	2. aus technischen Gründen zur Herstellung von Dohlkanten und Bindeketten
	3. als Einschlag in Bänder aus naturweidener Kette
	4. als Einschlag zur Herstellung von Bändern, die nachweislich zum Florieren gebraucht werden.
	5. zur Herstellung von gemusterten auf Jacquardstühlen hergestellten Wäschebändern bis 20 mm Breite.
	6. als Kette bei der Herstellung elastischer Bänder.
	7. zur Herstellung von rohgearbeiteten und imprägnierten Schreibmaschinenbändern.
	8. als Einschlag bei der Herstellung von glatten Bändern bis zu 20 mm Breite.
	9. zur Grundkette und Florbildung bei Raupenbändern (Nirachan, Velbel und Blüschbändern).
	c) Flachs bei der Herstellung von glatten Wäschebändern bis zu 16 mm Breite
	d) Wolle
	1. als Einschlag bei der Herstellung von Rockhöfen,
	2. zur Florbildung bei Raupenbändern (Nirachan, Velbel und Blüschbändern).
35. Wallbinden und Bindemüll	
36. Gepäckzeuge für Eisenbahn- und Straßenbahnen	

Keinere Ausnahmen von dieser Bekanntmachung kann die Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Berlin, Berl. Hedemannstr. 10, bewilligen.

Alle diese Bekanntmachung betreffenden Anträge sind an das Weistoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstr. 10, zu richten.

Zwischenhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden gemäß der Verordnung der Reichsregierung vom 27. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1339) mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Reben der Strafe kann auf Entziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Rücksicht, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Diese Bekanntmachung tritt am 3. Januar 1919 in Kraft. Berlin, den 2. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. (8523)  
Wolffhügel.

# Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung.

Nr. F. R. 840/12. 18. R. N. N.

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. O. H. 700/7. 18. R. N. N. betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise für Leinwand, Rohbenzol, Toluol, Benzin und sonstige benzol- und benzinhaltige Körper vom 1. August 1918 wird folgendermaßen abgeändert:

1. Inwieweit in der Bekanntmachung die „Königlich Preussische Inspektion der Kraftfahrtruppen“ oder die „Königlich Preussische Inspektion der Kraftfahrtruppen — Betriebsstoffabteilung — Berlin W. 35, Potsdamer Straße 111“ erwähnt ist, tritt an ihre Stelle die „Mineralölversorgungs-Gesellschaft m. b. H. — Betriebsstoffabteilung — Berlin W. 35, Potsdamer Straße 111.“
2. An die Stelle des zweiten Absatzes des § 11 tritt der Satz: „Die Entscheidung über Ausnahmen von den Bestimmungen des § 7 behält sich das Reichswirtschaftsamt in Berlin vor.“

### Artikel II.

Die Bekanntmachung Nr. Ch. I. 1/3. 16. R. N. N. betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von Chemikalien und ihre Behandlung vom 1. März 1918, wird, soweit sie sich auf Toluol bezieht, folgendermaßen abgeändert:

Inwieweit in der Bekanntmachung die „Kriegs-Rohstoff-Abteilung“ oder die „Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums“ erwähnt ist, tritt an ihre Stelle das „Reichswirtschaftsamt in Berlin“.

### Artikel III.

Die Bekanntmachung Nr. Bst. I. 1854/8. 16. R. N. N. betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln vom 7. September 1918, wird folgendermaßen abgeändert:

An die Stelle des ersten Satzes des § 5 tritt der Satz: „Das Reichswirtschaftsamt in Berlin kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Bekanntmachung zulassen; es erteilt die im § 4 Ziffer 5 benannten Freigabescheine.“

### Artikel IV.

Die Bekanntmachung Nr. Bst. I. 100/9. 16. R. N. N. betreffend Bestandserhebung für Schmiermittel vom 22. September 1918 wird folgendermaßen abgeändert:

An die Stelle des ersten Satzes des § 4 tritt der Satz: „Auskunftsberechtigt ist das Reichswirtschaftsamt in Berlin.“

### Artikel V.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 1919 in Kraft. Berlin, den 23. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. (8524)  
Wolffhügel.

# Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung,

### betreffend Höchstpreise für Eisen, Stahl und Walzensinter.

Nr. F. R. 1080/12. 18. R. N. N. (8525)

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Die auf Grund des Erlasses des Kriegsministeriums, Kriegsamt vom 16. Juni 1917 Nr. 848/6. 17. R. N. N. erlassenen Bekanntmachungen der Militärbehörden, betreffend Höchstpreise für Eisen und Stahl (Roheisen und Rohstahl, Halbzeug und Erzeugnisse aus Eisen und Stahl gewalzt oder gezogen) sowie die Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Walzensinter Nr. E. 750/8. 18. R. N. N. vom 10. August 1918 treten mit Wirkung ab 1. Januar 1919 außer Kraft.

Durch diese Aufhebung wird die Wirksamkeit von Verträgen, die zur Zeit des Bestehens der festgesetzten Höchstpreise abgeschlossen worden sind, nicht berührt. In solchen Verträgen der Preis durch den jeweils zur Zeit der Lieferung geltenden Höchstpreis bestimmt, so tritt an die Stelle des Höchstpreises der zur Zeit der Lieferung angemessene Preis. Für Lieferungen, die zum Zwecke der Ausführung von Notarbeiten im Sinne der Verordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung Nr. H. 190/18. D. M. N. vom 21. November 1918 auszuführen sind, dürfen keine höheren Preise gefordert oder gezahlt werden, als die im letzten Quartalsjahr 1918 gültigen Höchstpreise.

Berlin, den 5. Januar 1919.

Wolffhügel.

Nach kurzem schwerem Leiden entschlief Dienstag früh sanft und ruhig in seinem 25. Lebensjahre mein lieber guter Mann, unser lieber Sohn Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser

**Max Schroeder.**  
Lübeck, Sebanstraße 4.  
In tiefem Schmerze  
**Wally Schroeder,**  
geb. Beyer

Bermüdet und alle, die ihm nahe standen, Beerdigung Sonnabend, Beginn der Trauerfeier 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.  
Ewige augebachtete Kranzsenden in die Vorwerker Veienhalle erbeten. (8539)

Nach kurzem schwerem Leiden entschlief Sonntag nachmittags 4 Uhr sanft und ruhig in seinem 51. Lebensjahre mein lieber Mann, unser lieber Vater, unser lieber Schwager und Großvater, Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der Straßenbahnführer

**Karl Mohr.**  
Lübeck, Dundestr. 19. 1.  
In tiefer Trauer (8540)  
**Anna Mohr, geb. Schröder**  
nebst Kindern, Verwandten, allen, die ihm nahe standen.  
Bestattung Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Veienhalle des Vorwerker Friedhofes.

**Stoffreste für Schuhe und Paatofeln**  
Hühnen 28, im Laden zu verkaufen. (8522)

**Musikaufträge**  
fürs Gewerkschaftshaus  
übernimmt (8537)  
W. Meier, Allenstr. 6. pt.

**Junger Mann sucht möbli. Zimmer** zum 1. Februar.  
Angebote unter B 13 an die Expedition d. N. (8511)

Guter Winterüberzieher zu verk. (8510) Al. Gröpelstr. 5. v.

**Zu verkaufen:**  
1 Paar neue Schafstiefel, Gr. 29 1/2, getragen Gr. 28 (8538) Prellstr. 18, vtr.

Ich habe mich in Bad Schwarzen, Bahnhofstraße 14 als Arzt niedergelassen.  
Sprechstunden: 8—10 Uhr vorm. Fernsprecher: 1589. (8531)  
**Dr. Rieken.**

**Aloderne Schmudfaden Trauringe**  
in verschiedenen Preislagen  
**Johs. Tollgreve, Goldschmied**  
(8519) 92 Königsstraße 92.



## Möglichkeiten der Sozialisierung.

Ueber die Pläne des Reichswirtschaftsamtes auf dem Gebiete der Energieversorgung Deutschlands wird uns aus Berlin geschrieben: Soweit eine Sozialisierung heute möglich ist, erschöpft sie sich in der Frage, ob neue Formen im Wirtschaftsprozess angewendet seien, die eine Erweiterung der Beteiligung der Allgemeinheit an den Ergebnissen zulassen. Wollen wir den Begriff der Sozialisierung aus den engen Grenzen des Schlagwortgebrauchs herausführen, so müssen Möglichkeiten gefunden werden, die das Interesse der Allgemeinheit wie das der Technik und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigen.

Einen Anlauf in dieser Richtung unternimmt das Reichswirtschaftsamte mit dem Vorzuge einer Regelung der Energieversorgung Deutschlands. In dem genannten Amte wird von den Einzelstellen ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Begutachtung der bundesstaatlichen Regierungen passieren und schließlich der parlamentarischen Erledigung zugeführt wird.

Der Entwurf über die gesetzliche Regelung der Energieversorgung Deutschlands vermeidet das Problem der Verstaatlichung und bezweckt die allgemeine Versorgung des deutschen Reiches mit Energie. Er will die Bewirtschaftung aller Energiequellen wie Elektrizität, Wasser, Wind usw. einheitlich regeln. Sein nächstes Ziel ist die Erreichung eines möglichst hohen Ergebnisses bei möglichst geringen Aufwendungen. Innerhalb des Reichsgebietes soll die Ausnutzung der vorhandenen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Die Gruppen der Energieerzeuger und der Verbraucher sollen zusammengefasst werden. Dem Reiche und den Bundesstaaten ist das entsprechende Bestimmungsrecht eingeräumt. In der Gesamtorganisation, die zur Erreichung des Zieles geschaffen werden muß, sind Unternehmer und Arbeiter vertreten. Die Aufsicht hat das Reichswirtschaftsamte, dem ein Beirat zur Seite gestellt wird.

Im Speziellen ist für Regelung der Materie ein Reichs-Kohlengesetz und ein Elektrizitätsgesetz geplant. Das Kohlengesetz wird sich in der Hauptsache auf drei Faktoren beziehen, die Produktion, den Absatz und den Verbrauch. Es ist beabsichtigt, auf den bereits bestehenden Organisationen (Kohlenyndulate usw.) weiter zu bauen. Selbstverständlich wird alles auf eine neue Grundlage gestellt, insbesondere werden sich die staatlichen Organisationen auf die Gestaltung der Dinge einen starken Einfluß sichern. Das Hauptgewicht wird gelegt werden auf eine möglichst rationelle Kohlenwirtschaft. Die Not des Reiches zwingt uns, hierbei auch den finanzpolitischen Gesichtspunkten die gebührende Berücksichtigung zu schenken. In diesem Zusammenhange wurde betont, daß die in letzter Zeit in verschiedenen Kohlengebieten vorgekommenen „Spezialsozialisierungen“ den Absichten des Reiches starke Hindernisse in den Weg legten. Diese Bestrebungen müßten zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen, wenn sie weiter fortgesetzt werden.

Große Aufgaben stellt sich das Elektrizitätsgesetz. Schon rein materiell betrachtet, hat es sich auf einem Gebiete zu betätigen, auf dem in den letzten zehn Jahren ein ungeheurer Aufschwung erlebt worden ist. Von 1907-17 hat sich auf diesem Gebiete der Verbrauch verdreifacht; die öffentlichen Anlagen haben ihren Absatz verdreifacht. Leider haben Reich und Staat den Zeitpunkt verpaßt, wo sie sich auf diesem Gebiete Einfluß und Gewinnanteil hätten sichern können. Die erste Aufgabe des neuen Gesetzes muß es sein, die hier bestehende völlig planlose Zerstückelung in der Produktion hintanzubehalten, und die enorme wirtschaftliche Kraftverwendung in die Bahnen einer geregelten Produktion und Konsumtion zu leiten. Wir werden uns in Zukunft diese Kraftverschwendung nicht mehr leisten können, womit schon die Begründung für dieses Gesetz geliefert wird.

Wie sich die praktischen Einzelheiten des Gesetzes (und auch der anderen) gestalten werden, wird wesentlich von der Art des Friedensschlusses abhängen. Bei den Vorarbeiten konnte es sich im wesentlichen nur um die Klarstellung der beherrschenden Prinzipien handeln. Dieses Prinzip wird beim Elektrizitätsgesetz darin gehen, die geltenden Kräfte zu fördern, die ungehindert zu betätigen. Die einzelnen Werke sollen technisch-wirtschaftlich zu einem organischen Zusammenschluß gebracht werden. Das ist heute um so leichter, als auf 200 bis 300 Km. Entfernung elektrische Energie ohne Verlust übertragen werden kann. Im großen und ganzen handelt es sich hier, wie man sieht, um eine gesetzgeberische Initiative von gewaltiger wirtschaftlicher Tragweite.

## Sozialisierungskommission gegen Dr. August Müller.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat in einer Ansprache an die Presse seine Stellung in der Frage der So-

zialisierung dahin präzisiert, daß die Einsetzung der Sozialisierungskommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei und daß diese Institution mit den zu weitgehenden Erwartungen, die sich daran knüpften, viel dazu beigetragen habe, eine Sozialisierungswut zu schaffen, der das Wort „Sozialisierung“ nichts weiter sei als eine neue Formel für sonst nicht gerechtfertigte Lohnforderungen. Die Sozialisierungskommission hat sich mit dem Rat der Volksbeauftragten in Verbindung gesetzt und festgestellt, ob diese Institution des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes mit derjenigen der Volksbeauftragten übereinstimmt. Von der Antwort der Volksbeauftragten werden die Entschlüsse der Sozialisierungskommission abhängen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Beisetzung Liebknechts.

Die Beisetzung der Opfer der letzten Spatatus-Unruhen verließ in vollster Ruhe. Vom Friedrichshain, wo sich der größte Teil des Trauerzuges versammelt hatte, bewegte sich der Zug durch die Friedenstraße nach der Frankfurter Allee. An der Ecke der Fruchtstraße schloß er sich den dort haltenden acht Leichenwagen an, auf denen sich neben den 32 Holzjärgern der gefallenen Revolutionen noch ein leerer Zinkarg befand, der später die Leiche der Rosa Luxemburg, sobald diese aufgefunden worden ist, aufnehmen soll. Eine Musikkapelle eröffnete den großen Leichenzug, der sich durch die Frankfurter Allee nach dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde bewegte, wo für die 33 Särge ein Massengrab aufgemauert war. Sehr viele Kranzdeputationen waren zugegen. Die teilweise sehr großen Schleifen waren vielfach mit Texten in parteilichem Tone bedruckt. Das Wort „Mörder“ war auf vielen Schleifen in bis 20 Zentimeter hohen Buchstaben sichtbar. Zutritt zum Friedhofe fanden nur die nächsten Angehörigen der Verstorbenen und die Kranzdeputationen. Am Grabe sprach zuerst der Rechtsanwalt Leuz von der kommunistischen Arbeiterpartei, dessen Rede in dem Gelohnis ausklang, daß die Partei das Werk Liebknechts fortsetzen und zu einem glücklichen Ende führen werde. Nach ihm sprachen Frau Zieg, Dr. Breitheid und Adolf Hoffmann. Dieser erklärte, daß die 32 Toten eine einzige Anklage gegen die Regierung bildeten, die als Missetäter im Solde bürgerlicher Parteien stände.

#### Michaelis und der Stettiner A.- u. S.-Rat.

Der Stettiner A.- und S.-Rat hatte vor einigen Tagen dem Oberpräsidenten, dem früheren Reichsminister Michaelis, den Beschluß mitgeteilt, daß am Tage der Beerdigung Liebknechts alle öffentlichen Gebäude halbmast zu fliegen haben. Dies hat der Oberpräsident abgelehnt. Daraufhin kam es vor dem Oberpräsidenten und dem Polizeipräsidenten zu Demonstrationen, bei denen die Menge die Forderung der roten Fahne forderte und bei Weigerung der Behörden diese selbst aufzog. Der Oberpräsident hat deshalb seine Amtsgeschäfte abgeben und sich beurlauben lassen, bis die Gewähr geboten sei, daß die Anweisungen des A.- und S.-Rates fortan den Interessen der gegenwärtigen Regierung entsprechen.

#### Das erwachte Ostpreußen.

Wie die Wahlergebnisse zeigen, ist die Junkerherrschaft in ihren ältesten und sichersten Sigen fast restlos zusammengebrochen. Noch bis vor ganz kurzem wählte fast das gesamte platte Land förmlich der Elbe konservativ. Bei den Wahlen von 1907 z. B. war ganz Ostpreußen, ganz Ostpreußen, mit Ausnahme von Königsberg, ganz Brandenburg außer Berlin und Umgegend, Westpreußen und Posen, soweit sie nicht polnisch wählten, in konservativen oder freikonservativen Händen. 1912 entstanden ein paar ostpreußische bürgerliche Liberale in den Reichstag, in der Mark Brandenburg drang die Sozialdemokratie auf das Land vor.

Jetzt zeigt sich, daß auch in Ostpreußen nur der Terror, nicht die Zuneigung der Volksmassen, die Machtquellen der Konservativen war. In Ostpreußen haben über 400000 Wähler sozialdemokratisch gewählt. Westpreußen entsendet fünf Sozialdemokraten in die Nationalversammlung, drei bürgerliche

Demokraten und nur zwei Deutsch-Nationale. Der Regierung bezirk Frankfurt a. O. brachte 320000 sozialdemokratische gegen 120000 Deutsch-Nationale Stimmen auf. In der Provinz Pommern werden doppelt soviel sozialdemokratische Stimmen wie Deutsch-Nationale gezählt, fünf Sozialdemokraten, zwei bürgerliche Demokraten gegen drei Deutsch-Nationale entsendet Pommern in die Nationalversammlung. Dabei hatten die Konsevativen den Eid gebraucht, alle junkerlichen Führer aus ihrer Listen auszuschalten und bürgerliche Namen an die Spitze zu legen. Es hat nichts genützt. Die Wahlen vom 19. Januar bedeuten bereits das Ende des alten Preußens, denn sie zeigen, daß die ehemaligen preussischen Machthaber auch in ihren bisherigen Hochburgen jeden Rückhalt verloren haben.

### Oesterreich.

Der neue Tag. Die Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, das mit zwei Bestandteilen Österreichs anräumt. Das Arbeitsbuch wird abgeschafft, das auf Babels Betreiben in Norddeutschland schon 1889 beseitigt wurde, und die in der österreichischen Gewerbeordnung noch vorgezeichnete Kontraktstrafe für Arbeiter wird aufgehoben.

Die Arbeitslosen Wiens fordern eine Tagesunterstützung von mindestens 15 Kronen (12 Mark). Wenn sie nicht gewährt würde, so würden die Arbeitslosen von Palast zu Palast ziehen und sie sich holen.

### Dänemark.

Verbot der Rubelzufuhr. Die Regierung hat in Folketing eine Vorlesung zwecks Verbot der Einfuhr und Ausfuhr von russischen Rubeln nach und aus Dänemark unterbreitet. In Schweden ist ein solches Gesetz bereits in Kraft. Es gründet sich teils auf dem problematischen Wert der Rubel, teils auf den Wunsch, die bolschewistische Agitation in diesen Ländern zu unterbinden.

### Schweden.

Ausweitung der Sowjetstaatsgrenzen. „Berlingske Tidning“ meldet aus Stockholm: Der russische Sowjetvertreter Worowski hat von der schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schweden spätestens Sonnabend abend mit dem Dampfer nach Finnland zu verlassen. Die schwedische Regierung verbürgt ihm freies Geleit durch Finnland. — Nun hat das Sowjetrußland fast von allen Ländern die Ausweisung seiner Gesandten erfahren müssen. Kein Land in Europa von einiger Bedeutung unterhält mit Sowjetrußland diplomatische Beziehungen. Das bolschewistische Rußland steht in der ganzen Welt isoliert. Dafür hat man sich in Rußland einen diplomatischen Erfolg geschaffen, indem man aus den ausländischen Arbeitern, die dem Bolschewismus freundlich gegenüber stehen, deutsche, chinesische, persische und andere Gesandtschaften ernannt hat.

### Rußland.

Neue Niederlage der Bolschewiki. Teile der 3., 4. und 5. Armee der Sowjetregierung wurden bei Perm von Nordarmee unter Solchak, der die Vereinigung der Nordarmee bei Wologda anstrebt, vernichtend geschlagen. Der Fall Wologda wird baldigst erwartet. Denkin rückt im Nordkaukasus vor. Die von der Sowjetregierung neu eingesetzten Jahrgänge sind wegen schlechter Ernährung unzuverlässig. Reserven sind nicht vorhanden.

### Kleine politische Nachrichten.

Ein von Deutschland abgeleiteter Sonderzug mit 740 Millionen Franken, die für die Nationalbank bestimmt sind, und 55 Wertpaketen ist für die belgische Regierung in Brüssel angekommen.

Das Armeeverordnungsamt bringt eine Verordnung, wonach die Angehörigen der im Osten stehenden Truppenverbände berechtigt sind, am 2. Februar 1919 in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl zwei Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu wählen, soweit die Angehörigen an diesem Tage wahlberechtigt sind und sich noch außerhalb des Reichsgebietes befinden.

## Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

(Nachdruck verboten.)

„Pfeiffer, Sie sind ein Trottel.“

„Herr Kanzleirat.“

„Herr Kanzleirat. Einen schwerfälligeren Menschen haben wir hier auf der königlichen Generalintendantur noch nie gehabt, seit mir die Ehre ward, Dienst zu tun. An die zwanzig Jahre sind das nun schon.“

„Herr Kanzleirat.“

„Also reden Sie nicht, ich könnte sonst noch abfälliger über Sie urteilen.“

Aufgeragt durchquerte der Herr Kanzleirat Cornelius seinen Dienstraum im Gebäude der königlichen Hoftheaterintendantur während der heruntergeputzte Bureaudienner mit seinen Silberknöpfen am Frack und den Estarpins gebeugten Nackens nahe der Tür verharrete.

„Pfeiffer, Mann Gottes, der Herr Geheimrat Adernann oder gar Eggellenz selbst befinden sich doch wahrhaftig nicht in ihren hohen Ämtern, um alle noselang von dieser Art Leuten, von diesem — Proletariat molestiert zu werden.“

Bei dem Wort Proletariat schien Herr Cornelius ein gelinder Schauer über den hohen Beamtenrücken — er war etwas ausgemacht — zu laufen.

„Es war Frau Merig, Herr Kanzleirat. Sie ist doch die Mutter von —“

— von Berta Merig, der, wie Herr Czabel sagt, frechtst Ratte, der der Ballettmeister je in die Beine fuhr, weiß ich — A piot!“

„Die Frau hat in dienstlichen Angelegenheiten, Herr Kanzleirat.“

Natürlich gegen Herrn Czabel — eine Beschwerde, ne Quengelei. Oder wollen Sie der Dame gar noch die Möglichkeit zubilligen, Herrn Geheimrat oder gar Eggellenz mit außerdienstlichen Geschäften aufzuwarten? Unglaublich!“

Herr Cornelius ließ eine Pause der Empörung eintreten, dann fuhr er noch um einen Grad energischer fort:

„Pfeiffer — der Dienst in einem königlichen Hoftheaterbau erfordert andere Beschaffenheit, als Sie zeigten. Die aber gerade müssen Sie sich aneignen, sonst —“

„Herr Kanzleirat wollen gütigst Nachsicht üben. Ich bin doch kaum eine Waise auf dem Waisenamt.“

„Haben aber doch Instruktionen in Hülle und Fülle, um nicht noch dem Herrn Geheimrat oder gar Eggellenz mit un-

gehörigen Geschäften zu kommen, für die ich dann hinterher der Gemahregeiste bin. Also hören Sie noch einmal, respektive beantworten Sie meine Fragen, Pfeiffer: wann haben Eggellenz der Herr Generalintendant Baron von Pierrre-Desot ihre Sprechzeit, in der dieselben jedermann Audienz erteilen?“

Pfeiffer stand stramm. „Diensttag und Freitag von halb zwölf bis halb eins.“

„Richtig, das heißt — so stehts auf der Ankündigung in den Vorfluren der königlichen Generalintendantur, wird auch von den Zeitungen bisweilen in schuldiger Gehorsam so wiedergegeben. Wahr ist aber davon kein Wort, denn es heißt ferner, daß in Behinderungsfällen für Eggellenz der Geheime Regierungsrat Hermann als Stellvertreter fungiert und in seinem Zimmer Nummer 7 nach erfolgter Anmeldung zur Verfügung steht. Kaputt!“

Pfeiffer, der Gemahregeiste, reizte bejahend sein Haupt, sagen tat er nichts. Er ließ jetzt die Geschichte gehen, wie sie mochte.

„Nun sind aber die Ansprüche, die von einer urteilslosen Menge an Eggellenz betreffs der Audienzen gestellt werden, so ungeheuerlich, daß selbst bei gutem Willen weder Eggellenz allein, noch mit Hilfe des Herrn Geheimrats fähig wären — das heißt: fähig sind Eggellenz zu allem — sagen wir also: imstande wären, allen, die da erscheinen, zu willfahren. Da bedarf es nun von vornherein durchaus politischer Köpfe in den Vorjimmern, die jedem Kommenden sozusagen an der Nasenspitze anheben, ob er überhaupt für eine Audienz in Betracht kommt oder nicht. Scheint letzteres der Fall, wofür beschreibende Kleidung, unglückliches Geseue, gemierter Art sich auszubilden häufig schon maßgebend sind, so ist die Geschichte einfach. Dann sind Seine Eggellenz der Herr Generalintendant und der Herr Geheimrat heute gerade enorm in Anspruch genommen, dienlich verzeiht, unpfeiflich. Im Bekleidungs-, Klatsch-, Hörgelien und dergleichen handelt es sich ja doch ausschließlich in solchen Fällen und die — a piot! wie damit, Pfeiffer, einfach weg!“

Eine unendlich geringfügige Miene bogelichte die letzten Worte des Kanzleirates und verstand erst wieder, als der Gemahregeiste wiederfinden ließ.

„Nun noch zu denjenigen Besuchen, die überhaupt erst Anspruch auf Beachtung haben. Erscheint jemand im Frack, weißen Glaces, Zylinder, so könnte er ja vielleicht — Wer klopft da? — herein!“

Ein anderer, mit Pfeiffer die gleiche Linde tragender Dienstrat in das Zimmer. Er überreichte seinem Vorgesetzten eine Visitenkarte, die dieser mit kurzem Blick überflog.

„Der Herr Kommissionsrat —! Selbstverständlich, ich lasse bitten — diesen Herrn“, bedens der Herr Cornelius den auf weitem Odeur herannahen Pfeiffer, haben Sie bitte und in

jedem Falle vorzulassen, ihn entweder Eggellenz oder dem Herrn Geheimrat oder — mir zu melden. Einer von uns dreien — die unheimliche Gestalt des Kanzleirates redete sich zu förmlicher Größe empor, wird ihn immer sprechen wollen.“

„Und der Name des Herrn, bitte?“

„Schlesinger, Kommissionsrat Schlesinger, der Vertrauensmann und Agent Seiner Eggellenz. Er ist die leitende Hand für alle vom Herrn Generalintendanten abzuwickelnden Geschäfte — Ah, Herr Kommissionsrat!“ Der Sprecher erhob sich jetzt aus dem Sessel, in dem er sich, von seinen Kreuz- und Querläufern ermüdet, schlieflich niedergelassen hatte, ging dem bereits auf der Schwelle Erstehenden einige Schritte entgegen und reichte ihm die Hand. Pfeiffer bedachte er gleichzeitig durch eine Kopfbewegung, das Zimmer zu verlassen.

Der Diener ging. „Berta Merig“ — der Name stand klar eingepreßt in seinem Gedächtnis. Auf der Schwelle der Tür noch murrte er ihn verzerrt vor sich hin. Solch einen Verdruß wegen dieser elenden Ratte —! Den Fall wollte er sich merken.

Kanzleirat und Kommissionsrat hatten inzwischen Aug' in Aug' zueinander Platz genommen. Jeder von ihnen schien gegen den anderen etwas auf dem Herzen zu haben, keiner aber der beglommende Teil sein zu wollen.

Endlich, nach reichlichem Drücken, war es Herr Cornelius, der die Initiative ergreift, indem er bedeutungsvoll lächelte und drohend den Zeigefinger gegen sein Wisavis in Bewegung setzte.

Der Agent spielte den Harmlosen.

„Wieso?“ Aberte er heiter lächelnd in höchst möglicher Tenorlage und kniff, wie bei Beobachtungen immer, das rechte Auge zu.

Wiederholtes Drohen des Kanzleirates.

„Ich verstehe nicht — Eggellenz etwa — etwa verstimmt gegen mich?“

Der Kanzleirat suchte die Achseln. „Grund hätte er — wegen des Fracks, dieses ungläubigen Kerls. Das wissen Sie doch selbst recht gut. Ihr Gewissen wird es Ihnen sagen.“

„Wie heißt Gewissen?“

„Da die Kapellmeister und Regisseure außer sich sind, sollten es auch Eggellenz. Aber der unerwählteste Sohn, den Sie, arzte Unwahrscheinlichkeit glauben, als an der Unfehlbarkeit Ihrer Beratung zweifeln.“

Wie ein Schwaches Lächeln der Befriedigung huschte es bei diesem Zugeständnis über die Züge des Agenten. Trohdem wiegte er das Haupt, als wolle er ablehnen.

„Wie heißt unfehlbar?“ Ich bin's nicht, Sie sind's nicht, Eggellenz ist's nicht —“



In England wurde angeordnet, die Arbeiten der vollendeten Zerstörer und anderer Typs von Kreuzern hauptsächlich der letzten Kreuzer, einzustellen.

### Wirtschaftliches.

#### Abkommen zwischen Zechen und Angestellten.

Der Zechenverband erkannte die gewerkschaftlichen Organisationen der technischen Zechenangehörigen an, für die ein einjährig aufgestellter Dienstvertrag obligatorisch eingeführt werden soll. Mitte Februar sollen Anstellungsausschüsse gemäß dem. Das Mindestlohn für Hilfsarbeiter wird auf 6000 Mark, für die übrigen auf 7200 Mark festgelegt. Die sich hieraus ergebenden Gehaltserhöhungen sollen als wirtschaftliche Beiträge am 1. Oktober 1918 nachgezahlt werden. Für die übrigen technischen Angestellten tritt eine ähnliche Gehaltserhöhung ein, außerdem ist für jeden Angestellten eine Lebensversicherung der Höhe von 8000 Mark abzuschließen.

#### Die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen.

Die Ablieferung der von der Entente verlangten landwirtschaftlichen Maschinen wird unter Wirtschaftlichen noch nicht schädlichen, wie es auch der Ansicht ist. Von der landwirtschaftlichen Maschinenherstellung für das Inland sollen 50 Prozent abgestrichen werden, so daß für die heimische Landwirtschaft immer noch genügend Maschinen zur Verfügung stehen werden. Eine einzige Firma hat sich erboten, die ganze von der Entente verlangte Lieferung bis zum 1. Juni allein fertigzustellen.

#### Arzt Eisner und die Sozialisierung.

Ministerpräsident Eisner hielt in der ersten Sitzung des Sozialisierungsamtes für Bayern eine Rede, in der er die Auffassung der Sozialisten radikaler Arbeiterkreise mündlich ausführte: Die Auffassung, daß die Demokratie die Aufgabe hätte, die Umwandlung der Betriebe in unmittelbares Arbeiter Eigentum vorzunehmen, die Aufgabe der Bergwerke, Fabrikbetriebe unmittelbar aus der Hand der Unternehmer in die Hände der Arbeiter übergehen sollen, sei als Utopie, was man sich vorstellen könnte. Wenn es in der Tat sehr einfach, denn eine gewaltsame Erhebung des Proletariats genügt, um sich die Produktionsmittel beispielsweise der Bergwerke anzueignen; die Arbeiter würden dann Herren dieser Betriebe mit Gewalt werden. Dann wäre die soziale Frage zwar gelöst, das sei aber nicht Sozialismus, sondern Klassenkapitalismus. Es würde innerhalb des Kapitalismus nur ein Klassenkampf aus sich heraus entstehen, und die Arbeiter würden nur zu halb die Erfahrung machen, daß ihnen das nicht viel nützt. Diese neue Theorie wird bedauerlich und verwirrend in der heutigen Gesellschaft, und der ganze Wirrwarr entsteht aus der Meinung, daß man eine soziale Gesellschaft aufbauen könne durch Gewalt über Arbeit. Die wirkliche Sozialisierung kann nur wirtschaftlich durchgeführt werden, alles andere sei Utopie.

### Gewerkschaftsbewegung.

Keine internationale Gewerkschaftsbewegung ohne Deutschland. Der Stockholmer „Sozialdemokraten“ schreibt zu dem Bericht von Compers, eine internationale Vereinigung der Gewerkschaften ohne Deutschland zu bilden: Wenn dieser Versuch gelänge, dann würde die skandinavische und vermutlich auch die holländische Gewerkschaftsbewegung Partei ergreifen und sich mit der deutschen Bewegung verbünden.

### Soziales.

#### Gegen die Wohnungsnot.

Zur Behebung der dringenden Wohnungsnot hat die Reichsregierung eine sofort in Kraft getretene Verordnung erlassen. Sie legt den Landeszentralbehörden die Pflicht auf, in Bezirken, die einen dringenden Mangel an kleinen und Mittelwohnungen aufweisen, Bezirks-Wohnungskommissionen einzusetzen, in deren Hände sehr weitgehende Befugnisse gelegt werden. Sie haben das Recht, falls geeignetes Bauland zu angemessenen Preisen nicht vorhanden ist, Grundstücke gegen Entschädigung zu enteignen, und zwar nach Anhörung der Gemeindevorstände und des Eigentümers, ohne Verfahren durch formale Beschlüsse. Auf Antrag der Betroffenen können sie das Grundstück vorher mit einem Erbbaurecht belasten. Nur gegen die Festlegung der Entschädigung bezug des Erbbaurechtes ist Beschwerde des Betroffenen zulässig. Doch dürfen Wertminderungen, die durch den Krieg herbeigeführt wurden, nicht berücksichtigt werden. Solchen Wertminderungen entspricht werden, so können die Kommissionen in Stelle der Entschädigung eine Zwangsabtretung bis zu 30 Jahren zu bewilligen. Die Ausführung von Bauten, die er nicht für erforderlich erachtet, insbesondere von Luxusbauten, darf der Kommission verboten. Er kann auch zur Durchführung von Bau- oder Fortbauarbeiten die Befugnis der bestehenden landesrechtlichen Vorschriften einziehen lassen. Der Bescheid des Bezirkskommissars ist unanfechtbar.

### Aus Nah und Fern.

#### Die Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin.

Die Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin nehmen in immer stärkerer Weise überhand. In der Friedrichstraße besetzten bewaffnete Soldaten das Haus 180 und drangen mit Gewalt in die Räume der russischen Gefangenenfürsorgeeinrichtung ein. Sie sprengten Türen mit Handgranaten, sprengten auch mehrere Kassetten, durchsuchten die ganzen Räume und erbeuteten 600 000 Mark an barrem Geld und Wertpapieren. Nach der Durchsuchung requirierten sie einen Kraftwagen und fuhren davon. — Bei einem Kaufmann in der Lothringer Straße 15 klopfte es frühmorgens an der Tür. Der neunjährige Sohn öffnete ahnungslos und ließ sich vier Retrosen gegenüber, die sofort eintrugen. Sie gingen ohne Verzug in das Schlafzimmer, in dem die Eheleute noch in den Betten lagen, erklärten den Mann für verhaftet und forderten ihn auf, sich anzuleiden und ihnen zu folgen. Während sich die zum Tode verurteilten Eheleute ankleideten, durchsuchten die Retrosen die Räume und beschlagnahmten 34 000 M. Als der Kaufmann sich durch den Fernsprecher auf dem Polizeirevier nach dem vorgeschriebenen Auftrage erkundigen wollte, besetzte einer der Retrosen den Apparat und verhinderte die Anrede. Es gelang, zwei von ihnen zu ermitteln und festzunehmen. Den beiden Verhafteten konnten noch 40 000 Mark abgenommen werden.

den. — Für 70 000 Mark Nähgarn haben vier bewaffnete Einbrecher in Soldatenuniform erbeutet. Sie erschienen in einem Hause in der Jenaer Straße, ließen den Pförtner kommen, gaben sich diesem gegenüber als Sicherheits Soldaten aus, die mit der Durchsuchung des Hauses beauftragt seien, schlossen das Grundstück ab und ließen sich einen Raum öffnen, in dem für 70 000 M. Nähgarn untergebracht war. Dieses beschlagnahmten sie als Beutegut und schafften es mit einem Fuhrwerk fort.

#### Zwei Sicherheits Soldaten erschossen.

Bei Königswusterhausen wurden zwei Sicherheits Soldaten von Einbrechern erschossen, als diese festgenommen werden sollten. Die Einbrecher waren in Groß-Berlin bei einem Landwirt eingedrungen und hatten hier Geflügel, Lebensmittel und Kleidungsstücke gestohlen. Die Beute wollten sie mit dem Fräulein nach Berlin bringen, fielen jedoch auf dem Bahnhof in Wildau den beiden Sicherheits Soldaten, die mit der Ueberwachung des Bahnhofs betraut waren, auf. Sie wurden verhaftet und mit der Bahn nach Königswusterhausen befördert, um hier der Polizei übergeben zu werden. Auf dem Wege dorthin fielen die Verbrecher plötzlich über die Soldaten her, übermächtigten sie und schossen sie nieder. Es gelang dreier Mörder, und zwar den 22 Jahre alten Kanteur Max Dremnid und den 30 Jahre alten Dreher Paul Dremnid sowie Valentin Lewandowski festzunehmen, während dessen Bruder Michael bisher noch nicht ergriffen werden konnte.

#### Beschlagnahmte Goldmünzen.

Die Budapest Polizei veranlaßte eine Razzia auf Goldhändler. Trotz des Verbots des Handels mit Gold- und Silbermünzen findet besonders zwischen Budapest und Wien ein reger Verkehr statt, hauptsächlich von Umwelteren. Die Polizei befahl das Cafe Quattro, wo die Börse der Juweliere sich befindet, Defektivs vorverkauft die Auszahlung und nahm eine Leibesvisitation vor. Es wurden aber nur Schmuckgegenstände im Werte von 30 Millionen Kronen bei ihnen vorgefunden. Es wurden unter der Glasverhüllung, unter dem Futter der Hüte, in der Garderobe, zwischen der Kohle des Ofens und in den Koffern von Frauen Goldmünzen gefunden. Die Polizei beschlagnahmte im ganzen 5000 Stück Goldmünzen, deren Marktwert gegenwärtig über eine Million Kronen beträgt. Bemerkenswert ist, daß keiner der anwesenden Juweliere sich als Eigentümer der angekauften Goldmünzen nannte, da sie eine strenge Bestrafung fürchteten.

#### Offizieller Postdienst Paris-London.

Der Luftdienst Paris-London entwickelt sich außerordentlich rasch. Nur Militärpersonen, die einen amtlichen Auftrag haben, können ihn benutzen. Die Passagiere werden mit Flugausrüstung und Rettungsapparaten versehen. Der Luftdienst für das Flugzeug ist Heiden, nahe bei London. Jeder Flug dauert ungefähr 3 1/2 Stunden. Darin ist die Autofahrt von Paris nach Buc, dem Standort in Frankreich, und ebenso die Autofahrt von Heiden nach London einberechnet. Die Höchstleistung zwischen diesen beiden Orten ist von Major Ketersen geschlagen, der die Ueberfahrt in 2 Stunden 5 Minuten bewerkstelligte. Die offiziellen Briefe werden ebenfalls von dem Luftdienst Paris-London und zurück befördert.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Inferate

finden durch den „Häcker Postboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Häcker Postboten“

### 2. Bekanntmachung

#### betreffend den Verkauf von Nähgarn.

Vom 25. Januar ab bis 8. Februar 1919 darf Nähgarn auf sämtliche für Nähgarn ausgegebenen Bezugsausweise abgegeben und abgenommen werden und zwar auf jeden Bezugsausweis eine Rolle von 20 Metern zum Preise von 32 Pfennig. Die Bezugsausweise und Bezugsberechtigungen sind den Kleinhandlern zu geben von denen zu sammeln, durch Aufbruch des Firmensiegels zu ermitteln und spätestens am Mittwoch, dem 12. Februar 1919 an die Bekleidungsstelle des Landesverorgungsamtes, Königsstr. 23, abzuliefern unter Befugnis der vorgezeichneten Unterschrift. Die Abgabe von Nähgarn auf andere Bezugsausweise und Bezugsberechtigungen als die vorerwähnten ist verboten, insbesondere darf Nähgarn auf Bezugsausweise für Zwirn oder für Stroh oder Strohgarn nicht abgegeben werden. Die aus früheren Verteilungen kommenden Bezugsausweise sind ungültig. Mit Ablauf des 8. Februar verlieren alle für Nähgarn ausgegebenen Ausweise ihre Gültigkeit. Verloren gegangene Ausweise werden nicht ersetzt. Unger in den früher bekannt gegebenen Sammlungen darf auch in den nachgenannten Geschäften Nähgarn abgegeben werden.

Berlin, den 27. Januar 1919. (8495)

#### Das Landesverorgungsamt.

Burwick, Anna, Dannewitzstr. 47	Bess, Ernst, Weisling
Christens, Gustav, Dannewitzstr. 8	Hochholzerwerk, Herrenmühl
Edzard, Conrad, Lützowstr. 10	Kauke, Max, Schlus
Fiedler, H., Dannewitzstr. 25	Agensamer, Solunig
Grube, Carolina, Lange Reihe 9	„ „ „ „ „ „ „ „
Hack & Schmidt, Dannewitzstr. 11/13	„ „ „ „ „ „ „ „
Hellmann, Hermann, Dannewitzstr. 31	„ „ „ „ „ „ „ „
Hilbrichsen, Clara, Dannewitzstr. 11a	„ „ „ „ „ „ „ „
Hönicke, Joseph, Engelsgrube 46	„ „ „ „ „ „ „ „
Karstadt, Emil, Breite Str.	„ „ „ „ „ „ „ „
Johannessen, Auguste, Walfenigstr. 31	„ „ „ „ „ „ „ „
Lau, Johs., Rappenburgstr. 40	„ „ „ „ „ „ „ „
Meincke, Albert, Königsstr. 105	„ „ „ „ „ „ „ „
Bunert, Hermann, Ruffe	„ „ „ „ „ „ „ „
Haupt, Paul, Ruffe	„ „ „ „ „ „ „ „

### Bekanntmachung

#### betreffend den Verkauf von Leinwand oder Stoppgarn oder Strickgarn.

Nachdem jetzt genügend Leinwand, Stopp- und Strickgarn eingetroffen ist, darf auf jeden ankommenden armen Bezugsausweis entweder ein Stern Leinwand, oder ein Widel Stoppgarn, oder eine Dose (10 Gramm) Strickgarn, verabfolgt werden. Der Verkauf findet vom 25. Januar bis 8. Februar statt. Die Bezugsausweise sind den Kleinhandlern abzugeben, von denen zu sammeln, durch Aufbruch des Firmensiegels zu ermitteln und spätestens am Mittwoch, dem 12. Februar 1919 an die Bekleidungsstelle des Landesverorgungsamtes, Königsstr. 23, abzuliefern unter Befugnis der vorgezeichneten Unterschrift. Verloren gegangene Ausweise werden nicht ersetzt. Die Abgabe von Nähgarn auf grüne Bezugsausweise ist verboten. Die Ausgabe von Leinwand, Stopp- und Strickgarn erfolgt in sämtlichen bei der Nähgarnverteilung bekannt gegebenen Geschäften mit Ausnahme von:

Heine Georg, Mühlenstr. 6.  
Carl Karstadt, Holtenstr. 18.  
Carl Ritter, Breite Str. 26.  
Struve & Baumelster, Breite Str. 88.  
Lübeck, den 27. Januar 1919. (8496)

#### Das Landesverorgungsamt.

### Notgeld der Stadtkasse.

Die Gültigkeit der von der Stadtkasse ausgegebenen Kassenscheine und Wechselcheine zu Mk. 5, 10 und 20 wird bis zum 31. März d. J. verlängert. Die Kassenscheine zu Mk. 50,— werden bis zum 28. Febr. d. J. gegen Reichsbanknoten umgetauscht. Lübeck, den 23. Januar 1919. (8484)

### Mieteeinigungsamt

#### für den Amtsgerichtsbezirk Bad Schwartau

Als Schriftführer des Mieteeinigungsamtes sind bestellt:

1. der Gerichtsschreiber Sahr, hier selbst.
2. der Protokollführer Hopp, hier selbst.

Anträge werden entgegengenommen im Amtsgerichtsgebäude in Bad Schwartau, Zimmer Nr. 22 u. 24, von 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.

Es wird darauf hingewiesen, daß Anträge auf Untervormittlung von Kündigung und Verabschiedung von Mietverhältnissen so schnell wie irgend möglich angebracht werden müssen.

de Beer, Vorsitzender. (8491)

### Veröffentlichung

am Dienstag, dem 23. d. Mts., 10 Uhr vorm. (8485)

Garnisonverwaltung Lübeck.

### Saattarten über Hülsenfrüchte

werden im Amtsgericht, Zimmer Nr. 11 ausgestellt. Der Stadtmagistrat (Ernährungsache) Lübeck.

Bad Schwartau, den 22. Januar 1919.

Am Sonnabend, dem 25. d. Mts. werden im Rathaus Sie abgegeben an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben

D und E von 9-10 Uhr,  
F und G von 10-11 Uhr.  
Der Stadtmagistrat (Ernährungsache) Lübeck.

### Wahlkomitee

#### Sitzung

am Mittwoch, dem 29. Januar  
abends 7 Uhr (8489)  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 59-52.

Anna Will  
Hermann Grambow  
Verlobte. Lübeck. (8476)

#### 1 Kinder-Belzug

zu verkaufen (8493) Hundestr. 82, I.  
Fast neuer eleg. großer (8506)  
Kinderwagen  
zu verkauf. Klappent. 40, I.

#### Altes Gold u. Silber

wird gekauft. (8487)  
Joh. Tollgreve, Goldschmied,  
92. Königsstr. 92.

### Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der  
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

### Schuhreparaturen

werden sofort erledigt. (886)  
Besuchung in Leber u. Erbst.  
Schwartauer Allee 4,  
Große Burgstr. 38,  
Friedrichstr. 7,  
Kaiserstr. 34.  
Verkauf von  
Sohlen, Fiecken, Tackern,  
Stiften, Stiefeleisen,  
Schonern usw.

### Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung von Reparaturarbeiten für den Ausbau der Kleinbahnstationen an der Herdringstraße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind bis zu dem am

Freitag, dem 31. Januar 1919, mittags 12 Uhr,  
im Bauamt, Mühlenstr. 10, stehenden Verdingungsamt in verschlossener, mit entsprechender Aufschrift versehenen Umschläge an das Bauamt einzureichen.

Voraussetzungen und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Lübeck, den 22. Januar 1919. (8488)

Das Bauamt, Abt. Hochbau.

Der vierte Feiertag der Grundsteuer für 1919 ist am 21. bis 31. Januar 1919 bei der Verwaltung des Grundsteuerbezirks zu entrichten. Lübeck, den 21. Januar 1919. (8489)

Die Steuerbehörde.